

Freistaat Bayern

Haushaltsplan

2023

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2023	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	6
Kapitel 04 01 Ministerium	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	18
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	28
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	54
Abschluss	81
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	82
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	85
Stellenplan	111

Vorwort zum Einzelplan 04 Staatsministerium der Justiz

A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit gut 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für rd. 16.400 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 6.200 Bedienstete im Justizvollzug. Das Staatsministerium der Justiz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Das dem Staatsministerium der Justiz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 2023:

- Das Bayerische Oberste Landesgericht,
 - 3 Oberlandesgerichte,
 - 3 Generalstaatsanwaltschaften,
 - 22 Landgerichte,
 - 22 Staatsanwaltschaften,
 - 73 Amtsgerichte mit 2 Zweigstellen,
 - 36 Justizvollzugsanstalten (einschließlich 2 Einrichtungen für Abschiebungshaft) mit 1 angeschlossenen Einrichtung für Sicherungsverwahrung, 1 angeschlossenen Einrichtung für Abschiebungshaft sowie 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizakademie in Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Jahr 2023 wird voraussichtlich die Lokalkammer München des Einheitlichen Patentgerichts den Regelbetrieb aufnehmen. Die Gerichtsbarkeit ermöglicht die einheitliche Durchsetzung von Patenten in derzeit 17 teilnehmenden europäischen Ländern.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2023 Tsd. €	2022 Tsd. €
2.1 Sächliche Verwaltungsausgaben		
Auslagen in Rechtssachen	501.590,9	483.390,9
Versorgung der Gefangenen	43.620,0	43.620,0
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten	15.761,3	15.758,6
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	311.144,7	261.259,3
	872.116,9	804.028,8
2.2 Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	6.000,0	5.860,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene	16.500,0	16.500,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	4.300,0	4.300,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	19.218,7	16.693,7
	46.018,7	43.353,7
2.3 Baumaßnahmen		
Baumaßnahmen bis einschließlich 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	28.221,2	27.529,6
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	140.000,0	126.000,0
	168.221,2	153.529,6
2.4 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
Beschaffung von Fahrzeugen	1.900,0	1.900,0
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	68.701,3	63.243,4
	70.601,3	65.143,4
2.5 Besondere Finanzierungsausgaben		
Justizstatistik	288,6	288,6
Globale Minderausgabe	- 47.589,6	- 14.389,6
Sonstige Ausgaben	8,7	2,4
	- 47.292,3	- 14.098,6

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2023

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge und Leistungsprämien sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 (Beamte) und 428 45 (Arbeitnehmer) ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren automatisiert erstellt. Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2023 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 459 01
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 516 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	22,0	A B C	22,0 22,4 17,4
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	A	---
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	A B C	--- 0,3 0,6
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	A B C	0,5 0,8 8,3
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste, Personal) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	2,0	A B C	2,0 0,0 0,4
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	A	---
271 01-1	011	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 531 11.</i>	---	A	---
Gesamteinnahmen			24,5	A B C	24,5 23,5 26,8
Ausgaben					
Personalausgaben					
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	234,1	A B C	229,8 233,9 230,8
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	11.305,4	A B C	10.666,5 10.693,9 10.143,0
422 31-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	2.019,5	A B C	1.845,0 1.951,6 1.792,4

Erläuterungen

Zu 04 01/271 01

Der Titel ist zum Nachweis entsprechender EU-Erstattungen bei der Neugestaltung des sog. Weiße-Rose-Saals im Justizpalast vorgesehen. Vgl. auch Koppelungsvermerk zu Tit. 531 11.

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

2023
Tsd. €

Davon

Dienstaufwandsentschädigungen

7,8

Zu 04 01/422 01 (und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A B C	--- 3,3 1,1
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.939,2	A B C	2.607,4 2.838,2 2.488,9
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	60,0	A B C	50,0 39,7 64,6
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	213,2	A B C	226,1 205,9 219,6
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A B C	--- 18,6 19,3
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,2	A B C	50,0 18,3 20,7
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 625,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.550,0	A B C	2.750,0 2.505,3 2.256,8
Sächliche Verwaltungsausgaben					
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	510,0	A B C	510,0 569,7 445,2
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	88,2	A B C	88,2 47,4 50,5

Erläuterungen

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

Zu 04 01/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2023
	Tsd. €
1. Trennungsgeld	30,0
2. Umzugskostenvergütungen	20,0
Zusammen	<u>50,0</u>

Mitveranschlagt sind Kosten für an die Europäische Union entsandte Beamte (EU-Stellenpool).

Zu 04 01/459 01

	2023
	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	1.500,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	75,0
3. Sachbedarf	50,0
4. Mieten für Prüfungsräume	800,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0
Zusammen	<u>2.550,0</u>

2023 gegenüber 2022:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/511 01

	2023
	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	194,9
2. Bücher und Zeitschriften	140,0
3. Kommunikation	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	58,5
6. Sonstiges	14,0
Zusammen	<u>510,0</u>

Zu 04 01/514 01

	2023
	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	58,2
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	30,0
Zusammen	<u>88,2</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	88,2
Personalausgaben	430,6
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	30,0
Zusammen	<u>548,8</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2023	Soll 2022	am 1.2.2022	
			gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	7
Lastkraftwagen	-	-	-	-

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,8	A	2,8
				B	2,7
				C	2,2
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	67,7	A	67,7
				B	50,4
				C	41,6
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	A	---
				B	0,4
				C	0,4
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	A	2,0
				B	3,2
				C	3,0
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	90,0	A	90,0
				B	57,4
				C	29,2
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 60,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30,0	A	30,0
				B	26,9
				C	22,7
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25,0	A	25,0
				B	2,3
				C	28,3
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	313,3	A	300,0
				B	56,8
				C	66,6
529 01-1	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	26,0	A	26,0
				B	3,0
				C	13,6
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	10,0	A	10,0
				B	0,8
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21 und 04 02/531 21.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 271 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	A	350,0
				B	287,6
				C	196,4
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 531 21.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	18,8	A	18,8
				B	14,4
				C	8,1
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	20,0	A	20,0
				B	22,9
				C	35,0
547 01-9	011	Ausrichtung der Justizministerkonferenz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	A	100,0
				B	3,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	10,5	A	10,5
				B	7,7
				C	6,3

Erläuterungen

Zu 04 01/514 11

Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich je 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

Zu 04 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 01/519 01

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

Zu 04 01/531 11 und 04 01/531 21

Die Öffentlichkeitsarbeit hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über den Inhalt von Gesetzen und deren Änderungen sowie sonstige staatliche Maßnahmen zu vermitteln. Sie sollen damit über ihre Rechte und Pflichten informiert werden, um sie in die Lage zu versetzen, von den durch die Rechtsordnung eröffneten Möglichkeiten im persönlichen Bereich in angemessener Weise Gebrauch machen zu können.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums zählen neben Informationen der Bevölkerung durch die Herstellung und Herausgabe von Publikationen auch Informationen durch Internetauftritt, Multimediabeiträge, Durchführung von Informationsveranstaltungen/Kongressen, Messeauftritte, der Tag-der-offenen-Tür sowie andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Aus dem Ansatz können insbesondere auch die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (z.B. Spatenstiche, Einweihungsfeiern) finanziert werden. Darüber hinaus fallen Kosten an für die klassische Pressearbeit (Pressebetreuung, Pressekonferenzen, Pressefotos, Presseveranstaltungen u.a.). Mitveranschlagt sind u. a. die Kosten für die Neugestaltung des sog. Weiße-Rose-Saals im Justizpalast und die im Zusammenhang mit der Verleihung des Staatspreises für digitale Meinungsfreiheit (siehe Kap. 04 02 Tit. 681 02) anfallenden Sachkosten (u. a. Reisekosten/Aufwandsentschädigung an externe Jury-Mitglieder).

Zu 04 01/531 11

	2023
	Tsd. €
1. Öffentlichkeitsarbeit	210,0
2. Nachwuchsgewinnung	40,0
Zusammen	<u>250,0</u>

2023 gegenüber 2022:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 04 01/547 01

2023 gegenüber 2022:

Weniger 100,0 Tsd. €. Die Veranstaltung ist abgeschlossen.

Zu 04 01/684 01

	2023
	Tsd. €
Beiträge	0,1
- Deutsche Vereinigung für Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1
- Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0
- Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	5,0
- Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2
- Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,8
- European Judicial Training Network (EJTN)	3,3
- Rechts- und Justizstandort Bayern e.V.	0,1
Zusammen	<u>10,5</u>

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	Ist 2021
1	2	3	4	Ist 2020 Tsd. €	
				5	
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 02 Tit. 526 11. Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 180,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	184,7	A	184,7
				B	23,8
				C	92,2
		Sonstige Sachinvestitionen			
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	A	---
				B	5,2
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	140,0	A	140,0
				B	19,0
				C	25,2
		Titelgruppen			
		99 Kosten der Datenverarbeitung			
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	176,0	A	176,0
				B	152,4
				C	138,8
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	55,0	A	55,0
				B	45,3
				C	48,3
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	8,5	A	8,5
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	32,9	A	32,9
				B	21,4
				C	29,6
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	18,7	A	18,7
				C	1,6
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	220,0	A	220,0
				B	448,0
				C	442,3
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	A	---
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	88,0	A	88,0
812 99-0	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	165,0	A	165,0
				B	22,7
				C	27,9
		Summe der Titelgruppe	764,1	A	764,1
				B	689,7
				C	688,6
		Gesamtausgaben	21.924,7	A	21.164,6
				B	20.403,3
				C	18.992,4

Erläuterungen

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

Zu 04 01/812 01

	2023
Veranschlagt sind Ausgabemittel für:	Tsd. €
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	-
2. Dienstzimmereinrichtungen	120,0
3. Maschinen und Geräte	20,0
Zusammen	<u>140,0</u>

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt drei Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99

	2023
	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	44,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-
3. Mieten und Wartung	132,0
4. Bücher und Zeitschriften	-
5. Sonstiges	-
Zusammen	<u>176,0</u>

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems eGov-Suite an.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	24,5	A B C	24,5 23,5 26,8
		Gesamteinnahmen	24,5	A B C	24,5 23,5 26,8
		Personalausgaben	19.371,6	A B C	18.424,8 18.508,6 17.237,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.052,9	A B C	2.239,6 1.816,3 1.603,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	195,2	A B C	195,2 31,5 98,5
		Sonstige Sachinvestitionen	305,0	A B C	305,0 46,9 53,1
		Gesamtausgaben	21.924,7	A B C	21.164,6 20.403,3 18.992,4
		Zuschuss	21.900,2	A B C	21.140,1 20.379,8 18.965,6

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
Einnahmen					
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
231 01-8	051	Erstattungen des Bundes im Rahmen des Förderprogrammes zur Erneuerung von RLT-Anlagen <i>Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 04 04/519 01 und 04 05/519 01.</i>	---	A	---
236 12-0	051	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	***	A	---
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	A B C	1,0 5,8 3,7
Gesamteinnahmen			1,0	A B C	1,0 5,8 3,7
Ausgaben					
Personalausgaben					
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	250,0	A	250,0
422 44-6	059	Zuschläge zur Gewinnung von IT-Fachkräften gem. Art. 60a BayBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	A B C	100,0 49,8 40,8
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	A B C	633,3 636,3 627,8
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	200,0	A	200,0
428 45-9	059	Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	363,8	A B C	363,8 362,7 383,0
443 15-6	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 02/461 01.</i>	1.699,1	A B C	1.699,1 1.755,8 1.709,1
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	175,0	A B C	175,0 263,7 139,0
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	A B C	8,0 1,3 1,6

Erläuterungen

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/422 44

Zuschläge zur Gewinnung von IT-Fachkräften gemäß Art. 60a BayBesG.

Zu 04 02/422 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

Zu 04 02/428 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zu 04 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

Zu 04 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	A	---
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 35 (ohne der Titel innerhalb von TG) und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 (ohne der Tit. 428 12). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz dürfen ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung des Ansatzes verwendet werden.</i>	---	A	---
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben					
525 21-9	051	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	200,0	A B C	200,0 206,9 217,1
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 532 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	150,0	A B C	150,0 37,6 58,3
526 11-0	051	Ausgaben für Sachverständige <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 686 02. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 160,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 160,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2025 jährlich Tsd. € 80,0</i>	78,3	A B C	78,3 86,6 56,0
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	210,4	A B C	200,0 160,9 94,7
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	60,0	A B C	60,0 17,1 25,7
531 21-1	051	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 01 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	22,6	A B C	22,6 1,7 19,8
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 526 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	250,0	A B C	250,0 84,6 106,2
<u>533 49-7</u>	332	Treibhausgasausgleich	---	A	
<u>546 45-6</u>	051	Umsatzsteuer <i>Erstattungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	735,0	A	
<u>547 02-6</u>	051	Ausrichtung des Strafvollzugausschusses	34,0	A	

Erläuterungen

Zu 04 02/459 31

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwV/Bes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

Zu 04 02/525 21

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

Zu 04 02/526 11

Aus dem Ansatz können auch kriminologische und andere Forschungsaufträge finanziert werden.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

Zu 04 02/531 21

Veranschlagt sind Kosten für Öffentlichkeitsarbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Bereich des Justizvollzugs, insbesondere die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (siehe auch Erläuterungen zu Kap. 04 01 Tit. 531 11).

Zu 04 02/532 01

Aus dem Ansatz können auf Grundlage der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über die Behandlung von Ansprüchen gegen den Freistaat Bayern und von Rückgriffsforderungen bei Fremd- und Eigenschäden (Anspruchsbehandlungsbekanntmachung) Billigkeitsleistungen gem. Art. 53 BayHO bestritten werden.

Zu 04 02/533 49

Gemäß der Regierungserklärung "Klimaland Bayern" des Ministerpräsidenten vom 21.07.2021 und gemäß Art. 3 Abs. 2 BayKlimaG soll die Bayerische Staatsregierung bis zum Jahr 2023 klimaneutral sein; die gesamte unmittelbare Staatsverwaltung bis zum Jahr 2028. Für die Erreichung der Klimaneutralität sind Ausgleichsleistungen durch Erwerb von CO₂-Zertifikaten erforderlich. Vgl. auch Erläuterung bei 12 09/533 85.

Zu 04 02/546 45

2023 gegenüber 2022:

Mehr 735,0 Tsd. € wegen erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 02/547 02

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausübung des Vorsitzes des Strafvollzugausschusses der Länder. Enthalten sind insbesondere die benötigten Sachmittel (u. a. Geschäftsbedarf, Veranstaltungskosten, Öffentlichkeitsarbeit).

2023 gegenüber 2022:

Mehr 34,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
547 26-8	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 812 26.</i>	300,0	A B C	300,0 341,8 281,3
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne die Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnergemäß nachzuweisen.</i>	---	A	---
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	A	---
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizakademie Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	160,0	A B C	160,0 80,9 120,2
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	305,5	A B C	305,5 104,0 110,0
<u>681 02-2</u>	051	Staatspreis für besondere Leistungen im Bereich der digitalen Meinungsfreiheit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	3,4	A	
684 01-0	253	Förderung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	46,6	A B C	50,0 3,3 3,7
Baumaßnahmen					
<u>701 11-7</u>	059	Photovoltaik auf staatlichen Dächern <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.766,4 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 2.766,4 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 Tsd. € 1.210,3 2025 Tsd. € 1.210,3 2026 Tsd. € 345,8</i>	691,6	A	
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i>	160,0	A B C	160,0 753,6 456,0
Sonstige Sachinvestitionen					
812 26-6	235	Erwerb von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 26.</i>	68,4	A B C	68,4 5,9 4,2

Erläuterungen

Zu 04 02/547 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizakademie Pegnitz.

Zu 04 02/681 01

Prämie von 3.000 € im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen. Die Prämie wird im Rahmen einer freiwilligen Leistung gewährt.

Zu 04 02/701 11

2023 gegenüber 2022:

Mehr 691,6 Tsd. € für Photovoltaik auf staatlichen Dächern als Teil des Energie- und Klimapaketes zum Ausbau der Heimatenergie laut Ministerratsbeschluss vom 6. November 2022.

Zu 04 02/702 01

	2023
	Tsd. €
1. Oberlandesgericht München	80,0
2. Oberlandesgericht Nürnberg	48,0
3. Oberlandesgericht Bamberg	32,0
Zusammen	<u>160,0</u>

Zu 04 02/812 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis des Erwerbs von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020
1	2	3	Tsd. €		Tsd. €
			4		5
Besondere Finanzierungsausgaben					
972 03-9	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den übertragbaren Ausgabeansätzen des Einzelplans zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-19.389,6	A	-14.389,6
972 06-6	881	Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich 2023 <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparung bei den übertragbaren Ausgabeansätzen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-28.200,0	A	
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	288,6	A B C	288,6 288,6 270,6
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	8,7	A B C	2,4 8,6 8,6
989 01-2	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	A	---
Titelgruppen					
61 - 65 Versorgung und Beihilfen					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>					
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 02 Tit. 461 01.</i>					
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>					
432 61-2	058	Ruhegehälter	372.688,0	A B C	359.659,0 334.128,4 320.723,5
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	67.759,0	A B C	66.117,0 64.027,1 63.550,3
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	---	A	---
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	50.657,9	A B C	48.913,2 45.649,3 43.949,9
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	3.399,1	A B C	2.560,4 3.063,1 2.300,6
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	A	---
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	30,9	A B C	17,3 27,8 15,5
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	90.322,3	A B C	86.632,0 81.392,0 77.841,4

Erläuterungen

Zu 04 02/972 06

Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich.

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt (vgl. Kap. 03 07 Tit. 381 01).

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

Zu 04 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 13 02 Tit. 989 01.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	A	---
				B	-34,6
				C	-11,2
		Summe der Titelgruppe	584.857,2	A	563.898,9
				B	528.253,0
				C	508.370,0
		Gesamtausgaben	544.469,9	A	555.234,3
				B	533.504,9
				C	513.103,7
		Abschluss			
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1,0	A	1,0
				B	5,8
				C	3,7
		Gesamteinnahmen	1,0	A	1,0
				B	5,8
				C	3,7
		Personalausgaben	588.286,4	A	567.328,1
				B	531.322,6
				C	511.271,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.040,3	A	1.260,9
				B	937,3
				C	859,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	515,5	A	515,5
				B	188,2
				C	233,8
		Baumaßnahmen	851,6	A	160,0
				B	753,6
				C	456,0
		Sonstige Sachinvestitionen	68,4	A	68,4
				B	5,9
				C	4,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	-47.292,3	A	-14.098,6
				B	297,2
				C	279,2
		Gesamtausgaben	544.469,9	A	555.234,3
				B	533.504,9
				C	513.103,7
		Zuschuss	544.468,9	A	555.233,3
				B	533.499,1
				C	513.100,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	B
1	2	3	4	Ist 2021	
				C	Tsd. €
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei den Auslagen in Rechtssachen (526 21 bis 526 33 und 633 01).</i>	1.103.500,0	A B C	970.000,0 1.041.903,0 949.067,5
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	20.500,0	A B C	17.000,0 17.818,8 17.803,8
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	44.000,0	A B C	45.000,0 41.851,1 45.189,0
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	173.000,0	A B C	151.000,0 158.879,3 144.582,0
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0	A B C	1,0 3,0 14,4
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	1,0	A B C	1,0 4,0 34,3
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	15.500,0	A B C	11.500,0 14.520,9 12.015,2
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	1.070,0	A B C	570,0 1.280,6 1.105,9
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Stiftung Opferhilfe können Räume zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste, Personal) unentgeltlich zugreifen.</i>	300,0	A B C	300,0 295,9 318,4
129 05-5	051	Energieeinspeisevergütungen	---	A B C	--- 14,7 12,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund <i>Vgl. Vermerk bei 547 01.</i>	4.500,0	A B C	4.500,0 1.498,1 6.615,0
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	A B C	10,0 163,5 176,4
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	A B C	--- 191,2 257,7
<u>232 03-1</u>	051	Erstattungen von Ländern im Zusammenhang mit Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft <i>Vgl. Vermerk bei 632 02.</i>	---	A	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen.

Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten sowie der Ingenieure ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Ausgaben für die erweiterte Unterstützung nach dem Betreuungsorganisationsgesetz.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben des gerichtsärztlichen Dienstes (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 14 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 133.500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 3.500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (GvKostG) auch i.V.m. § 10 Abs. 2 des Justizbeitreibungsgesetzes (JBeitrG) einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden hier veranschlagt.

2023 gegenüber 2022:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/112 01

2023 gegenüber 2022:

Mehr 22.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 4.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

Zu 04 04/232 03

Der Ausgleich der Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte bemisst sich nach einer Verwaltungsvereinbarung der Länder.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	A B C	--- 1,9 10,9
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellten <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	A B C	--- 7,0 7,1
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	A B C	20,0 22,2 20,9
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	A	---
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	A B	--- 1,3
Gesamteinnahmen			1.362.402,0	A B C	1.199.902,0 1.278.456,5 1.177.230,5
Ausgaben					
Personalausgaben					
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.630,0	A B C	4.250,0 3.517,5 3.065,6
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	586.513,8	A B C	571.378,0 558.341,8 545.838,0
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	13.718,9	A B C	14.244,1 13.257,7 13.838,4
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare (einschließlich Zusatzvergütungen) <i>Erstattungen von Ausbildungsstellen für die Zahlung von Zusatzvergütungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Die Mittel sind übertragbar.</i>	61.100,0	A B C	64.000,0 57.047,1 55.742,5
422 31-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	543,9	A B C	532,1 525,6 517,0
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A B C	--- 120,0 122,8
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	839,0	A B C	839,0 196,9 200,5
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	A	---
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	170.660,8	A B C	164.772,5 162.844,4 158.655,4

Erläuterungen

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt, sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG).

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2023 gegenüber 2022:

640,0 Tsd. €	weniger infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
20,0 Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26535).
620,0 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen im Jahr 2023.

2023 gegenüber 2022:

Weniger 2.900,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

	2023
Entgelte für	Tsd. €
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	130,0
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	209,0
- Rechtskunde- und Rechtsbildung, insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber. Aus dem Ansatz dürfen notwendige Sachausgaben bestritten werden.	500,0
Zusammen	839,0

Zu 04 04/428 01 (und 428 11)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	8.600,0	A	8.000,0
				B	5.964,8
				C	6.659,7
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	4.003,5	A	3.938,3
				B	3.865,9
				C	3.831,7
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A	---
				B	32,8
				C	23,0
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	756,5	A	750,0
				B	354,5
				C	428,9
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03. Die Mittel sind übertragbar.</i>	45.106,0	A	44.201,2
				B	39.451,2
				C	41.450,8
Sächliche Verwaltungsausgaben					
511 01-5	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 12.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 12.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2026 jährlich Tsd. € 4.000,0</i>	16.778,9	A	15.440,0
				B	14.765,6
				C	14.781,4
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 20.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	20.000,0	A	23.000,0
				B	19.789,7
				C	20.473,2

Erläuterungen

Zu 04 04/428 11

2023 gegenüber 2022:

Mehr 600,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 65,2 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 41

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 428 41.

Zu 04 04/453 01

	2023
	Tsd. €
1. Trennungsgeld	430,0
2. Umzugskostenvergütungen	320,0
Zusammen	<u>750,0</u>

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Bayerischen Vollstreckungsvergütungsverordnung (BayVollstrVV); die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 7 Abs. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 716 des Kostenverzeichnisses zum Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nrn. 5.3 und 5.4.2).

2023 gegenüber 2022:

Mehr 904,8 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/511 01

	2023
	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	7.013,6
2. Bücher und Zeitschriften	3.607,5
3. Kommunikation	2.315,5
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	3.758,5
5. Sonstiges	83,8
Zusammen	<u>16.778,9</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 1.338,9 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2023 gegenüber 2022:

Weniger 3.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	B
1	2	3	4	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €	
				C	5
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	672,2	A	614,0
				B	333,9
				C	314,7
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	639,5	A	639,5
				B	452,8
				C	293,9
514 20-9	051	Beschaffung von Munition <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 70,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	70,0	A	70,0
				B	16,2
				C	46,4
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 28.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 28.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2027 jährlich Tsd. € 7.000,0</i>	32.453,8	A	28.453,8
				B	29.160,5
				C	27.701,7
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	24.926,2	A	9.926,2
				B	10.473,8
				C	9.773,8
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angemietet werden. Eine Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattung für die Kinderbetreuungseinrichtung dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 30.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 30.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2028 jährlich Tsd. € 6.000,0</i>	14.000,0	A	13.694,6
				B	11.114,3
				C	9.603,7
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	710,5	A	710,5
				B	355,0
				C	432,5
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 2.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2024 Tsd. € 700,0</i> <i>2025 Tsd. € 700,0</i> <i>2026 Tsd. € 600,0</i>	628,6	A	214,0
				B	421,3
				C	257,9
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 04 02 Tit. 231 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 19.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 19.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 bis 2025 jährlich Tsd. € 9.500,0</i>	13.595,3	A	13.595,6
				B	19.012,3
				C	19.311,1

Erläuterungen

Zu 04 04/514 01		2023
		Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	459,7
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	212,5
	Zusammen	<u>672,2</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
	Kosten wie vor	672,2
	Personalausgaben	112,0
	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	164,0
	Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	628,6
	Zusammen	<u>1.576,8</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	am 1.2.2022	
	2023	2022	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	138	139	131	130
Lastkraftwagen	25	23	20	4
Sonstige (Krafträder und Sonderfahrzeuge)	-	-	-	-

2023 gegenüber 2022:
Mehr 58,2 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/514 11		2023
		Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	621,4
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungs- gerichtshofes	3,1
	Zusammen	<u>639,5</u>

Zu 04 04/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.Ä.

	2023
	Tsd. €
Reinigung, Müllabfuhr u.a.	15.953,8
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (u.a. Beauftragung privater Wachunternehmen)	16.500,0
Zusammen	<u>32.453,8</u>

2023 gegenüber 2022:
Mehr 4.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/517 05		2023
		Tsd. €
1.	Heizung	16.251,9
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	8.674,3
	Zusammen	<u>24.926,2</u>

2023 gegenüber 2022:
Mehr 15.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/518 01
2023 gegenüber 2022:
Mehr 305,4 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/518 18
2023 gegenüber 2022:
Mehr 414,6 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 15.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in</i> <i>Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2024 bis 2028 jährlich Tsd. € 3.000,0</i>	4.430,0	A B C	3.762,2 1.545,5 1.668,5
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 110,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,4	A C	100,0 106,0
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 33:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei</i> <i>111 01.</i>	38.000,0	A B C	58.000,0 34.969,2 33.369,3
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	40.000,0	A B C	40.000,0 33.751,5 33.171,9
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	16.000,0	A B C	16.000,0 14.075,4 13.416,9
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	229.500,0	A B C	205.367,0 216.668,5 194.177,9
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.020,0	A B C	1.020,0 136,6 420,6
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5.600,0	A B C	5.600,0 5.155,1 4.979,8
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.000,0	A B C	6.000,0 2.691,5 3.261,5

Erläuterungen

Zu 04 04/525 01	2023
	Tsd. €
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richter- akademie in Trier und Wustrau)	1.344,9
2. Fortbildung der Rechtspfleger	244,0
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	200,0
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justiz- wachtmeisterdienstes und der Justizangestellten	424,0
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	445,1
6. Projekt "E-Examen"	200,0
7. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektro- nischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	1.132,0
8. Qualifizierungsoffensive	260,0
9. Aus- und Fortbildung der Organisationsberater	60,0
Zusammen	4.310,0

2023 gegenüber 2022:

547,8 Tsd. €	mehr infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
120,0 Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26536,
667,8 Tsd. €	mehr.

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten auch im Bereich der Bewährungshilfe sowie im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge der vergangenen Haushaltsjahre bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG).

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2023 gegenüber 2022:

Weniger 20.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

Zu 04 04/526 24

2023 gegenüber 2022:

Mehr 24.133,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind §§ 71 Abs. 2, 72 Abs. 4 JGG und §§ 81, 126a StPO (Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz).

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und Teil 3 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KV GKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten. Mitveranschlagt sind Ausgaben für psychosoziale Prozessbegleitung nach dem Gesetz für psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG).

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff. des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	Ist 2021
1	2	3	4	Ist 2020 Tsd. €	
				5	
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	154.067,0	A	140.500,0
				B	150.763,1
				C	150.433,0
526 29-6	051	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01. Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.000,0	A	500,0
				B	113,7
				C	117,1
526 30-3	051	Auslagen in Rechtssachen im Rahmen der Durchführung von Internationalen Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	A	---
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	8,0	A	8,0
				B	-6,4
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10.390,9	A	10.390,9
				B	6.837,3
				C	7.698,2
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5,0	A	5,0
				C	0,2
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.446,3	A	2.300,7
				B	1.077,8
				C	1.543,8
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts und der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	3,4	A	3,4
				B	3,1
				C	3,3
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	A	1,8
				B	1,6
				C	1,6
529 06-0	051	Zur Verfügung der Präsidentin des Bayerischen Anwaltsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8	A	0,8
532 11-8	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	A	250,0
				B	53,2
				C	55,3
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	A	10,0
				B	32,5
				C	30,1
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	600,0	A	600,0
				B	284,5
				C	355,2
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	100,0	A	100,0
				B	66,2
				C	60,0
533 04-6	059	Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts	311,0	A	311,0

Erläuterungen

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1808, 1875 bis 1880 BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 13.567,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern hat sich an diesem Projekt beteiligt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar war als ein bayerischer Alleingang.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

Zu 04 04/529 03

Verfüungsmittel für den Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

Zu 04 04/529 04

Verfüungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

Zu 04 04/529 06

Verfüungsmittel für die Präsidentin des Bayer. Anwaltsgerichtshofs.

Zu 04 04/532 11

2023 gegenüber 2022:

Mehr 250,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 100,0 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Weitere 140,0 Tsd. € sind für die Gruppen- und Projektarbeit sowie die ehrenamtliche Tätigkeit in der Bewährungshilfe vorgesehen. Aus dem Ansatz können bis zu 100,0 Tsd. € für die Initiative zur Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Bewährungshilfe bestritten werden.

Veranschlagt sind darüber hinaus:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Deggendorf, Dillingen, Ingolstadt, Memmingen, München, Neu-Ulm, Landshut, Regensburg und Passau in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	Ist 2021
1	2	3	4	Ist 2020 Tsd. €	
				5	
533 07-3	059	Europäische Staatsanwaltschaft	50,0	A	50,0
				B	22,4
<u>533 08-2</u>	051	Besondere Kosten des Schöffenamtes einschließlich außergewöhnlichen Aufwands	60,0	A	
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	A	50,0
				B	169,7
				C	506,7
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	225,3	A	225,3
				B	406,5
				C	376,4
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	---	A	---
				B	0,0
				C	1.658,3
		Ausgaben für den Schuldendienst			
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	26,5	A	26,5
				B	23,2
				C	17,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.138,6	A	3.641,4
				B	3.005,5
				C	2.194,3
<u>632 02-8</u>	051	Erstattungen an Länder im Zusammenhang mit Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 232 03.</i>	---	A	
<u>633 01-8</u>	051	Erstattungen an Kommunen für Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Betreuungsorganisationsgesetzes <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.000,0	A	
671 02-0	051	Erstattung von Ausgaben der Bundesnotarkammer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	***	A	---
681 01-9	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	6.000,0	A	5.860,0
				B	5.707,2
				C	5.012,4

Erläuterungen

Zu 04 04/533 07

Veranschlagt sind die Kosten für den Aufbau und Betrieb der Europäischen Staatsanwaltschaft. Aus dem Ansatz dürfen insbesondere anfallende Sachausgaben (u.a. Geschäftsbedarf, Postdienstleistungen und Reisekosten) in Zusammenhang mit dem bayerischen Zentrum bestritten werden.

Zu 04 04/533 08

Neu entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26535.

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 80,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs von Juristen- oder Besucherguppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 04 04/547 01

Aufwendungen für Veranstaltungen, insbesondere nationale und internationale Konferenzen (z. B. Honorare und Reisekosten für Vortragende, sonstige Sachkosten).

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist das Bayerische Hinterlegungsgesetz (BayHintG).

Zu 04 04/632 01

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Elektronische Aufenthaltsüberwachung
- e) Kriminologische Zentralstelle und Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
- f) Europäische Staatsanwaltschaft

	2023
Veranschlagt sind:	Tsd. €
zu a)	299,6
zu b)	260,0
zu c)	260,0
zu d)	50,0
zu e)	137,0
zu f)	132,0
Zusammen	1.138,6

2023 gegenüber 2022:

Weniger 2.502,8 Tsd. € infolge Umschichtung nach Kap. 04 04 Tit. 632 99.

Zu 04 04/632 02

Der Ausgleich der Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte bemisst sich nach einer Verwaltungsvereinbarung der Länder.

Zu 04 04/633 01

Erstattungen an Kommunen für konnexitätsbedingte Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Betreuungsorganisationsgesetzes.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) und
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 140,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
685 01-5	059	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/686 03.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.900,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in</i> <i>Höhe von 1.900,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2024 bis 2025 jährlich Tsd. € 950,0</i>	925,0	A B C	575,0 249,7 49,5
685 02-4	051	Zuschuss zum Kantinenbetrieb <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 195,0 Tsd. € zu Lasten der</i> <i>HGr. 5.</i>	---	A	---
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/685 01.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 25.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in</i> <i>Höhe von 25.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2024 bis 2025 jährlich Tsd. € 12.500,0</i>	8.911,0	A B C	8.311,0 5.895,1 4.537,8

Erläuterungen

Zu 04 04/685 01

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert.

Die Träger des Programms "Kein-Täter-werden-Bayern" erzielen im Rahmen der Projektabwicklung keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens des Trägers verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2023 gegenüber 2022:

100,0 Tsd. €	mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
250,0 Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26537,
350,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 04/686 03

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich werden von den Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt.

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Sie erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Ausbau der Fachambulanzen und Kostensteigerungen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
		Baumaßnahmen			
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 18.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in</i> <i>Höhe von 18.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> <i>2024 bis 2025 jährlich Tsd. € 9.000,0</i>	13.404,0	A B C	13.404,0 6.270,2 6.487,8
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 10.650,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	86.000,0	A B C	64.500,0 80.822,3 49.337,9
		Sonstige Sachinvestitionen			
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	50,0	A B C	50,0 2,5 122,0

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01

2023	Tsd. €
1. Amtsgericht Viechtach, Mönchshofstraße 29, Umsetzung des Sicherheitskonzeptes	1.627,0
2. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen, Rathausplatz 11, Ausbau des Erdgeschosses, Bau Lüftung samt Zentrale	1.135,0
3. Landgericht Ingolstadt, Auf der Schanz 37, Umsetzung des Sicherheitskonzeptes	1.000,0
4. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Sanierung der Toiletten	620,0
5. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Sanierung der Wasserleitungen	600,0
6. Amtsgericht Neuburg an der Donau, Ottheinrichplatz A1, Errichtung einer Sicherheitsschleuse	520,0
7. Landgericht Amberg, Paulanerplatz 4, Erneuerung der Brandmeldeanlage des Grundbuchamts und des Bewährungshilfegebäudes	100,0
8. Landgericht Ansbach, Promenade 4 und 8, Kanalsanierung mit Fahrbahnerneuerung	60,0
9. Amtsgericht Fürth, Hallstraße 1, Brandschutzmaßnahmen, Anbindung Bestandsgebäude an Neubau	370,0
10. Amtsgericht Schwabach, Weißenburger Straße 8, Umbau des Eingangsbereichs	550,0
11. Amtsgericht Schwabach, Weißenburger Straße 8, Kanalsanierung	400,0
12. Amtsgericht Straubing, Kolbstraße 7 und 11, Kanalsanierung	70,0
13. Amtsgericht Straubing, Kolbstraße 7 und 11, Neugestaltung des Hofes nach Kanalsanierung	538,7
14. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 3, WC-Sanierung	230,0
15. Landgericht Regensburg, Kumpfmühler Straße 4, WC-Sanierung	200,0
16. Landgericht Weiden i.d.OPf., Lederergasse 9, Kanalsanierung	178,0
17. Amtsgericht Fürth, Hallstraße 1, Aufstockung des Neubaus	302,4
18. Amtsgericht Weißenburg, Niederhofener Straße 7 und 9, Kanalsanierung mit vorgezogenem LAK	302,1
19. Justizgebäude Hainstraße 16, Bamberg, Kanalsanierung	200,0
20. Landesjustizkasse Bamberg, Heiliggrabstraße 28, Heizungssanierung	600,0
21. Amtsgericht Bamberg, Synagogenplatz 1, Haustechnische Instandsetzung	750,0
22. Amtsgericht Kronach, Amtsgerichtsstraße 15, Brandschutzmaßnahmen	200,0
23. Amtsgericht Gemünden, Bahnhofstraße 13, WC-Sanierung, Fenstersanierung	250,0
24. Amtsgericht Obernburg a. Main, Römerstraße 80, Dachsanierung	200,8
Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei"	
25. Landgericht Augsburg, Fuggerstraße 10, Herstellen der Barrierefreiheit	900,0
26. Amtsgericht Erding, Münchener Straße 27, Barrierefreier Umbau	300,0
27. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Herstellen der Barrierefreiheit	150,0
28. Landgericht Ingolstadt, Auf der Schanz 37, Herstellen der Barrierefreiheit	50,0
29. Amtsgericht Tirschenreuth, Mähringer Straße 10-12, Barrierefreiheitsmaßnahmen u.a.	285,0
30. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6, Barrierefreiheitsmaßnahmen u.a.	115,0
31. Oberlandesgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35, Schaffung eines barrierefreien Zugangs durch einen Aufzug	200,0
32. Landgericht Hof, Poststraße 5, Herstellen der Barrierefreiheit	400,0
Zusammen	13.404,0

Zu 04 04/811 01

2023	Tsd. €
Ersatzbeschaffung	
Transporter (Amtsgericht München)	50,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.000,0	A B C	6.000,0 2.938,4 3.192,1
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 360,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	A B C	250,0 194,4 430,5
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	5.700,0	A B C	5.700,0 4.805,2 1.712,0
812 21-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt	---	A	---
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	782,0	A B C	782,0 1.004,7 923,5
<u>812 26-2</u>	051	Erst- und Neuausstattung des Strafjustizzentrums München <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 7.260,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	A	
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	2.880,0	A B C	2.750,0 2.750,0 1.957,4
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.450,0	A B C	1.450,0 1.008,1 634,5
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Bayerische Justizakademie Pegnitz	20,0	A B C	20,0 142,0 13,5
812 37-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Kaufbeuren	---	A B	340,0 4,5
812 40-4	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	A B C	200,0 180,3 121,6
812 41-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Justizbehörden Schweinfurt	1.500,0	A	---
<u>812 42-2</u>	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Staatsanwaltschaft Bamberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	A	
Investitionsförderungsmaßnahmen					
893 01-3	056	Zuschuss für die Staatsrat Hermann Schmitt Heime Stiftung	---	A B C	--- 145,2 45,7

Erläuterungen

Zu 04 04/812 01

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2023
	Tsd. €
1. Arbeitsplatzausstattung (Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen)	2.919,0
2. Zeiterfassungsanlagen (insbes. Erweiterung und Ergänzung der BayZeit-Anlagen)	19,0
3. Diktier- und Wiedergabegeräte	212,1
4. Maschinen und Geräte (insbes. für den Bürobetrieb und die Hausbewirtschaftung)	893,0
5. Registratureinrichtungen	1.444,2
6. Sonstige Ausstattungen	512,7
Zusammen	<u>6.000,0</u>

Zu 04 04/812 14

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	9.730,2
Bis einschließlich 2022 bewilligt	9.230,2
Haushaltsbetrag 2023	250,0
Vorbehalten bleiben	250,0

Zu 04 04/812 25

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	15.684,5
Bis einschließlich 2022 bewilligt	14.902,5
Haushaltsbetrag 2023	782,0
Vorbehalten bleiben	-

Zu 04 04/812 26

Im Zusammenhang mit der bei 711 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind in den Haushaltsjahren 2023 ff. Erst- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

Zu 04 04/812 30

2023 gegenüber 2022:
Mehr 130,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26538.

Zu 04 04/812 31

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

Zu 04 04/812 37

2023 gegenüber 2022:
Weniger 340,0 Tsd. €. Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 40

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	800,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	400,0
Haushaltsbetrag 2023	200,0
Vorbehalten bleiben	200,0

Zu 04 04/812 41

Im Zusammenhang mit der bei 742 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2023 gegenüber 2022:
Mehr 1.500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 42

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	250,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2023	-
Vorbehalten bleiben	250,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
Titelgruppen					
99 Kosten der Datenverarbeitung					
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden.</i>					
428 99-0	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	A	---
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.932,5</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 1.932,5 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2024 Tsd. € 722,5</i> <i>2025 Tsd. € 302,5</i> <i>2026 Tsd. € 302,5</i> <i>2027 Tsd. € 302,5</i> <i>2028 Tsd. € 302,5</i>	37.360,9	A B C	32.860,6 8.394,7 8.915,5
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	47,0	A B C	47,0 0,1 15,4

Erläuterungen

Zu 04 04/99

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitung TV-StA),
- Vollstreckung der Erzwingungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR, SolumWEB, SolumCOST),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches (dabag),
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV, KABU und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SKostS, forumSTAR),
- Justizverwaltung (Justizverwaltungsportal, Bildungsmanager, eGovSuite Bayern),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (beck), beck-online, JURIS und Jurion,
- Einholung von Auskünften bei zentralen Registern durch die Gerichtsvollzieher,
- Vollstreckungsportal der Länder,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FamFG-Angelegenheiten (forumSTAR),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR),
elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Automatisiertes Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (JUSTA),
- Bewährungshilfe (SoPart),
- elektronisches Integrationsportal (eIP),
- elektronische Kommunikationsplattform (eKP),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen gemeinsamen Fachverfahrens (GeFa),
- BayernWLAN,
- Telefonie und Unified Communication,
- Videokonferenz und -vernehmung,
- Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB),
- Blockchain,
- LegalTech/EU-Projekte,
- IT-Sicherheit.

Die strategische Lenkung und Koordinierung der IT-Angelegenheiten des StMJ sowie der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird von den Referaten B 5 bis B 8 wahrgenommen. Die operativen Arbeiten in IT-Angelegenheiten erledigen Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere staatliche Stellen oder externe Firmen in Anspruch genommen werden. Zuständig ist das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg. Für das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz waren Ende 2021 insgesamt 346,64 Stellen vorgesehen; eingesetzt wurden 334,17 AKA. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

Die an das Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord (RZ Nord) und das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungszentrum Bayern) nach dem Verursacherprinzip zu zahlenden Verwaltungskosten sind in der Aufstellung bei TG 99 enthalten und wurden mit dem zuständigen Rechenzentrum abgestimmt.

Zu 04 04/428 99

Um qualifizierte Fachkräfte für den IuK-Bereich zu gewinnen, wird zu Lasten der Mittel der TG 99 die Beschäftigung von befristeten Arbeitnehmern zur Durchführung von EDV-Projekten zugelassen.

Zu 04 04/511 99

	2023
	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	25.879,1
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	6.500,0
3. Mieten und Wartung	4.981,8
4. Bücher und Zeitschriften	-
5. Sonstiges	-
Zusammen	37.360,9

2023 gegenüber 2022:

Mehr 4.500,3 Tsd. € infolge der Ausweitung der Leitungskapazitäten sowie infolge des Dienstleistungsvertrags und Investitionen in die Infrastruktur.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
					5
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.250,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.105,0	A B C	2.005,0 2.050,9 2.050,9
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200,0	A B C	200,0 512,6 492,0
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	124,6	A	124,6
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige	36.796,8	A B C	33.296,8 44.713,0 31.634,8
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	244,0	A B C	244,0 1,8 0,2
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä. <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 11.220,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in Höhe von 11.220,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2024 Tsd. € 4.070,0 2025 Tsd. € 3.300,0 2026 Tsd. € 2.750,0 2027 Tsd. € 1.100,0</i>	20.554,6	A B C	19.154,6 8.068,7 9.121,1
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekten (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02. Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der TG. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.802,8	A B C	--- 1.452,2 253,7
686 99-7	059	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der TG. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	A	---
812 99-4	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	21.431,4	A B C	18.431,4 26.880,7 22.366,3
Summe der Titelgruppe			121.667,1	A B C	106.364,0 92.074,7 74.849,8
Gesamtausgaben			1.788.331,5	A B C	1.694.643,4 1.627.461,8 1.532.417,7

Erläuterungen

Zu 04 04/518 99

2023 gegenüber 2022:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 99

2023 gegenüber 2022:

Mehr 3.500,0 Tsd. € infolge von höheren Kosten für externe Leistungen sowie aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/534 99

	2023
	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	2.903,6
2. Softwareentwicklung durch Dritte	17.651,0
3. Sonstiges	-
Zusammen	<u>20.554,6</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 1.400,0 Tsd. € für Weiterentwicklung von Software, insbesondere elektronisches Integrationsportal sowie zur Entwicklung von GeFa.

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachanwendungen gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR, eIP, EDV-Kosteneinziehung, AUGEMA, SoPart, AuRegis, bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch und Gemeinsames Fachverfahren.

	2023
	Tsd. €
EDV-Mahnverfahren (AUGEMA) durch die Landesjustizverwaltung;	665,0
Europäisches Mahnverfahren	
Länderportal Internetveröffentlichungen	442,0
Justiz-Auktionsplattform	42,3
Bundesweite Einführung elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte	215,0
Länderübergreifendes Vollstreckungsportal	345,0
Justizportal	310,0
Informationsserver JUMIKO	3,2
Zentrales Schutzschriftenregister (ZSSR)	290,0
Zentrale Kopfstelle beim Kraftfahrtbundesamt (AKDB)	39,8
Anbindung an das bundesweite Akteneinsichtportal	84,0
Portal StaRUG	26,5
Schnittstelle beim BKA für den Digitalen Austausch Polizei/Justiz	340,0
Zusammen	<u>2.802,8</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 2.802,8 Tsd. € infolge Umschichtung von 04 04/632 01.

Zu 04 04/686 99

Staatlich gefördert werden Projekte und Einrichtungen zur Unterstützung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich und zur Entwicklung innovativer (technologischer) Lösungen. Es werden u. a. Infrastrukturen, Mentoren und Stipendien zur Verfügung gestellt.

Zu 04 04/812 99

	2023
	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	12.462,4
2. Peripheriegeräte	6.220,0
3. Datenträger	30,0
4. Erwerb von Software	2.659,0
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	60,0
Zusammen	<u>21.431,4</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 3.000,0 Tsd. € für Erneuerung der Server- und Netzwerkkomponenten.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A	Ist 2021
1	2	3	4	Ist 2020 Tsd. €	
				C	5
		Abschluss			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.357.872,0	A B C	1.195.372,0 1.276.571,2 1.170.142,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.530,0	A B C	4.530,0 1.885,3 7.088,0
		Gesamteinnahmen	1.362.402,0	A B C	1.199.902,0 1.278.456,5 1.177.230,5
		Personalausgaben	895.472,4	A B C	876.905,2 845.520,2 830.374,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	732.387,8	A B C	685.446,9 638.460,1 602.633,8
		Ausgaben für den Schuldendienst	26,5	A B C	26,5 23,2 17,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20.777,4	A B C	18.387,4 16.309,7 12.047,7
		Baumaßnahmen	99.404,0	A B C	77.904,0 87.092,6 55.825,7
		Sonstige Sachinvestitionen	40.263,4	A B C	35.973,4 39.910,8 31.473,4
		Investitionsförderungsmaßnahmen	-	A B C	- 145,2 45,7
		Gesamtausgaben	1.788.331,5	A B C	1.694.643,4 1.627.461,8 1.532.417,7
		Zuschuss	425.929,5	A B C	494.741,4 349.005,3 355.187,2

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020
1	2	3	Tsd. €		Tsd. €
			4		5
Einnahmen					
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.					
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	7,5	A	7,5
111 02-5	056	Haftkostenbeiträge	280,0	A B C	280,0 204,1 232,4
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,5	A B	0,5 0,7
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	23,0	A B C	23,0 25,4 15,2
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	1.700,0	A B C	2.700,0 749,0 3.099,5
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.050,0	A B C	1.850,0 2.072,7 1.960,7
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 TG 72 zu 100 %.</i> <i>Für die in der Bekanntmachung über den Bezug von Leistungen der Arbeitsbetriebe und den Arbeitseinsatz von Gefangenen und Sicherungsverwahrten in der jeweils geltenden Fassung genannten Bezugsberechtigten dürfen Leistungen nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	38.700,0	A B C	38.000,0 34.884,5 38.666,6
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	570,0	A B C	570,0 424,7 469,7
129 05-2	056	Energieeinspeisevergütungen	360,0	A B C	360,0 371,5 258,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	1.300,0	A B C	1.300,0 432,8 1.217,1
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	20,0	A C	20,0 29,0
235 01-7	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Ausbildungsmaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 72.</i>	---	A B C	--- 232,1 178,8
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	68,0	A B C	68,0 54,5 71,3
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	30,0	A B C	30,0 41,5 45,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 02

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/111 02

Veranschlagt sind die an den Freistaat Bayern aufgrund von Art. 49 BayStVollzG von Gefangenen zu zahlenden Haftkostenbeiträge.

Zu 04 05/119 49

2023 gegenüber 2022:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/124 01

	2023
	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.790,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	100,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	40,0
Sonstige Einnahmen	120,0
Zusammen	<u>2.050,0</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/125 01

Vgl. 04 05/TG 72 (Ausgaben).

2023 gegenüber 2022:

Mehr 700,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. 04 05/514 21.

Zu 04 05/129 05

Veranschlagt sind die von den Justizvollzugsanstalten generierten Energieeinspeisevergütungen.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

2023 gegenüber 2022:

Weniger 1.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

Zu 04 05/235 01

Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Hinblick auf Ausbildungsmaßnahmen.

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020
1	2	3	Tsd. €		Tsd. €
			4		5
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	A	---
		Gesamteinnahmen	45.109,0	A B C	45.209,0 39.493,4 46.244,4
		Ausgaben			
		Personalausgaben			
422 01-0	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	249.931,6	A B C	249.639,2 238.879,7 232.457,8
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger <i>Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	6.760,1	A B C	8.845,2 6.219,4 7.329,2
422 31-4	056	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	A	---
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	A C	---
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	215,0	A B C	215,0 124,5 130,3
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	---	A	---
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	45.562,7	A B C	47.385,6 43.956,9 45.546,0
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	2.600,0	A B C	2.405,0 2.565,9 2.464,8
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	1.829,7	A B C	1.911,5 1.766,8 1.850,8
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	A B C	---
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	364,4	A B C	360,0 308,7 465,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben			
511 01-2	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.650,0	A B C	1.650,0 1.991,7 1.756,9
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	800,0	A B C	800,0 1.195,3 1.207,0

Erläuterungen

Zu 04 05/271 01

Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

2023

Tsd. €

Davon

Erschwerniszulagen

1.800,0

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge. Von den veranschlagten Ausgaben sind bis zu 500,0 Tsd. € jährlich für die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen gemäß Art. 78 BayBesG vorgesehen.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. 04 02/422 41 (und 428 41).

Zu 04 05/427 01**2023**

Tsd. €

Vergütungen für

- Studenten in den praktischen Studiensemestern

100,0

- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)

115,0

Zusammen 215,0**Zu 04 05/428 01 (und 428 12, 428 21)**

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 195,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/453 01**2023**

Tsd. €

1. Trennungsgeld

300,0

2. Umzugskostenvergütungen

60,0

Zusammen 360,0**Zu 04 05/511 01****2023**

Tsd. €

1. Geschäftsbedarf

620,0

2. Bücher und Zeitschriften

130,0

3. Kommunikation

230,0

4. Entgelte für Postdienstleistungen

230,0

5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

390,0

6. Sonstiges

50,0

Zusammen 1.650,0**Zu 04 05/511 22**

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Schutzmasken und Drogentestutensilien.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	67,1	A B C	67,1 48,6 27,1
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	500,0	A B C	500,0 433,5 409,9
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	2.000,0	A B C	2.000,0 1.530,7 1.506,2
514 20-6	056	Beschaffung von Waffen und Munition	125,0	A B C	125,0 150,8 182,0
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	540,0	A B C	540,0 324,5 367,4
516 01-7	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.377,3	A B C	1.345,2 1.380,1 1.431,8
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10.050,0	A B C	8.550,0 9.720,2 9.577,1
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	33.500,0	A B C	15.000,0 14.465,3 14.562,8
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	***	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 21.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	A B C	3.000,0 1.766,7 1.762,0
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	103,8	A B C	103,8 225,6 115,1
518 18-6	056	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	50,0	A B C	50,0 86,7 70,9

Erläuterungen

Zu 04 05/514 01		2023
		Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	350,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	150,0
	Zusammen	<u>500,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung		
Kosten wie vor		500,0
Personalausgaben		-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		500,0
Ausgaben für Leasing/Miete		50,0
	Zusammen	<u>1.050,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	am 1.4.2022	
	2023	2022	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	107	107	102	27
Lastkraftwagen, Transporter	64	64	57	-

Zu 04 05/514 11

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstung der Dienstanfänger mit Dienstkleidung, die Beschaffung von Schutzkleidung sowie zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

		2023
		Tsd. €
1.	Erstausrüstung Anwärter	400,0
2.	Dienstkleidungszuschuss	1.050,0
3.	Schutzkleidung	550,0
	Zusammen	<u>2.000,0</u>

Zu 04 05/514 20

Beschaffung und Wartung von Waffen, Munition, Holstern, Reizstoffsprühgeräten und sogenannten Jet Protectoren.

Zu 04 05/514 21

Vgl. 04 05/125 02.

Zu 04 05/516 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils (gemäß Zins- und Tilgungsplan) und der Betriebskosten des ÖPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei 04 05/823 10 veranschlagt.

		2023
		Tsd. €
1.	Zinsanteil	477,3
2.	Betriebskosten	900,0
	Zusammen	<u>1.377,3</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 32,1 Tsd. € wegen voraussichtlich höherer Betriebskosten, trotz Rückgang des jährlichen Zinsanteils.

Zu 04 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 1.500,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/517 05

		2023
		Tsd. €
1.	Heizung	25.000,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	8.500,0
	Zusammen	<u>33.500,0</u>

2023 gegenüber 2022:

Mehr 18.500,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €	
				A B C	
1	2	3	4	5	
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 04 02 Tit. 231 01. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 13.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	17.300,0	A B C	17.300,0 16.392,7 19.406,2
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer	1.004,5	A B C	1.000,0 325,1 256,4
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung	70,4	A B C	70,0 43,5 32,2
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	284,7	A B C	270,0 212,7 278,1

Erläuterungen

Zu 04 05/519 01		2023
		Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	17.200,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	100,0
Zusammen		17.300,0

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) sowie die Einrichtungen für Abschiebungshaft in Eichstätt, Erding und Hof erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

Zu 04 05/525 01		2023
		Tsd. €
1.	Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	105,0
2.	Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	12,0
3.	Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	12,0
4.	Lehrgänge für Führungskräfte	15,0
5.	Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	14,0
6.	Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter und Referatsleiter	80,0
7.	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen in Bereich der Extremismusbekämpfung	230,0
8.	Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	34,0
9.	Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0
10.	Seminare über Aidsprobleme	6,0
11.	Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	10,0
12.	Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	10,0
13.	Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	10,0
14.	Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	25,0
15.	Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	14,0
16.	Seminare für Funktionsbeamte	11,0
17.	Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	50,0
18.	Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	9,0
19.	Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	9,0
20.	Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	4,0
21.	Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	20,0
22.	Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	30,0
23.	Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	11,0
24.	Lehrgänge über Behandlungsvollzug	10,0
25.	Seminare zu interkultureller Kompetenz und Fremdsprachen	67,0
26.	Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	19,0
27.	Seminare über Umweltschutz	10,0
28.	Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	4,0
29.	Lehr- und Lernmittel	31,0
30.	Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule, Ausweichen auf externe Fortbildungseinrichtungen)	50,0
31.	Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	80,0
Zusammen		1.000,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	60,0	A B C	60,0 47,6 50,0
534 01-5	056	Ausgaben für Haftvermeidungsprogramme	800,0	A B	800,0 296,2
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	300,0	A B C	300,0 948,6 496,3
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Mittel sind übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 684 01.</i>	1.675,0	A B C	1.350,0 1.057,7 1.158,5
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs	55,6	A B C	105,6 51,3 326,2

Erläuterungen

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing, in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München und in das Haus für Sicherungsverwahrte Straubing.

Zu 04 05/534 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Haftvermeidungsprogramme "Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe und gemeinnützige Arbeit statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe" sowie "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe".

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben. Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden. Aus 04 05/546 49 dürfen auch Personalgewinnungsmaßnahmen gezahlt werden.

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Aus 04 05/681 02 können im Rahmen des Übergangsmangements Mittel über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden. Darüber hinaus können Zuschüsse an den Bayerischen Landesverband für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe e. V. ausgereicht werden, der sich ausschließlich um die Unterstützung Straffälliger bemüht.

2023 gegenüber 2022:

Mehr 325,0 Tsd. € wegen zusätzlicher Förderung des Bayerischen Landesverbands für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe e. V.

Zu 04 05/686 02

Veranschlagt sind Mittel für die Fortführung der unabhängigen externen Evaluation der Behandlung von Opioidabhängigen während der Inhaftierung im bayerischen Justizvollzug.

2023 gegenüber 2022:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
		Baumaßnahmen			
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 72. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.685,6	A B C	11.685,6 4.568,8 4.559,1
		10.000,0			

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01****2023**

Tsd. €

- | | |
|---|---------|
| 1. Justizvollzugsanstalt Amberg;
Einbau einer Anlage für den inneren Blitz- und
Überspannungsschutz. | 340,0 |
| 2. Justizvollzugsanstalt Amberg;
Verlegung der Gemeinschaftsduschen (E/F-Bau). | 1.276,0 |
| 3. Justizvollzugsanstalt Ansbach;
Erneuerung der Anstaltsküche, Maßnahmen zur
Verbesserung der Sicherheit und Trennung von Trink-
und Löschwasserleitungsnetz. | 1.600,0 |
| 4. Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg;
Ertüchtigung der Mauerkronensicherung und
Erneuerung des Ordnungszauns. | 500,0 |
| 5. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall;
Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des
Brandschutzes. | 350,0 |

Erläuterungen

	2023
	Tsd. €
6. Justizvollzugsanstalt Bamberg; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	1.160,0
7. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Umbau und Sanierung des Wohngebäudes Markgrafenallee 47 zu Anwärter-Unterkünften.	500,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage.	250,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erweiterung des Versorgungszentrums.	600,0
10. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Unterkunftsgebäude II und III).	500,0
11. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	280,0
12. Justizvollzugsanstalt Kempten; Erneuerung der Brandmeldeanlage.	200,0
13. Justizvollzugsanstalt Kronach; Erneuerung des Eingangsbereichs und Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung.	120,6
14. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes (Außenstelle Rothenfeld).	100,0
15. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Brandschutz-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen sowie Errichtung eines barrierefreien Zugangs (Freigängerhaus).	200,0
16. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Errichtung eines Sicherheitszauns und Verlegung des Parkplatzes).	650,0
17. Justizvollzugsanstalt Mühldorf; Brandschutz-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen sowie Errichtung eines barrierefreien Zugangs.	500,0
18. Justizvollzugsanstalt Neuburg a.d. Donau; Dachsanierung des Zellentrakts "Altbau".	359,0
19. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung der Aufzugsanlagen im Versorgungszentrum.	100,0
20. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung der Fettabscheide- und Stärkeabscheideanlage (Versorgungszentrum).	400,0
21. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Sanierung Duschen und Raumluftechnik in der Untersuchungshaftabteilung.	400,0
22. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Trennung von Trinkwasser- und Löschwasserleitungsnetz.	300,0
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u>	
23. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich.	300,0
24. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Schaffung eines barrierefreien Eingangsbereichs (Außenstelle Rothenfeld).	100,0
25. Justizvollzugsanstalt Straubing; Einbau eines Aufzugs, einer behindertengerechten Toilette und einer Rampe (Verwaltungsbereich).	600,0
Zusammen	11.685,6

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 139.390,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	54.000,0	A B C	61.500,0 49.274,9 73.914,6
Sonstige Sachinvestitionen					
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	500,0	A B C	500,0 530,0 168,3
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	1.200,0	A B C	1.200,0 671,1 766,8
812 03-6	056	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	A B C	--- 18,3 296,8
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	50,0	A B C	50,0 26,8 38,3
812 08-1	056	Erstausrüstung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg- Gablingen	***	A B C	--- 27,4 40,8
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen- Bayreuth	---	A C	--- 626,0
812 14-3	056	Erstausrüstung der neuen Justizvollzugsanstalt Passau	---	A	---
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	2.300,0	A B C	2.300,0 68,4 13,8
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	357,5	A B C	357,5 65,7 59,5

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01**2023**

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Aichach)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Amberg)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Weiden)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kronach)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Bernau)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Hof)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Ansbach)	40,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Würzburg)	40,0
Winterdienstfahrzeug (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	30,0
Kommunalfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech)	35,0
Verpflegungsfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	35,0

Zusammen 500,0**Zu 04 05/812 01****2023**

Tsd. €

Zeiterfassungssysteme	50,0
Büroausstattungen	600,0
Geräte für Personalküchen	100,0
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	350,0
Ausstattung von Sozialräumen	100,0

Zusammen 1.200,0**Zu 04 05/812 03**

Tsd. €

Kosten der Maßnahme	2.023,2
Bis einschließlich 2022 bewilligt	2.023,2
Haushaltsbetrag 2023	-
Vorbehalten bleiben	-

Das neu zu errichtende Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei und Wäscherei) der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).

Zu 04 05/812 07

Tsd. €

Kosten der Maßnahme	1.029,1
Bis einschließlich 2022 bewilligt	979,1
Haushaltsbetrag 2023	50,0
Vorbehalten bleiben	-

Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.

Zu 04 05/812 08

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 13

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Zu 04 05/812 14

Tsd. €

Kosten der Maßnahme	10.100,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2023	-
Vorbehalten bleiben	10.100,0

Die neue Justizvollzugsanstalt Passau (vgl. 04 05/722 01) muss ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 21

Tsd. €

Kosten der Maßnahme	5.173,9
Bis einschließlich 2022 bewilligt	4.816,4
Haushaltsbetrag 2023	357,5
Vorbehalten bleiben	-

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafräume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €	
				A B C	
1	2	3	4	5	
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	155,0	A B C	155,0 220,0 26,9
812 23-2	056	Ausstattung der neuen Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München	500,0	A	---
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	50,0	A B C	50,0 103,0 67,5
812 26-9	056	Ausstattung des Neubaus eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch sowie einer Torwache mit Fahrzeugschleuse der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	---	A	---
812 30-3	056	Ausstattung der Justizvollzugsanstalt Eichstätt - Einrichtung für Abschiebungshaft	100,0	A B C	100,0 19,9 94,6
812 31-2	056	Ausstattung des neuen Versorgungszentrums und der Turnhalle der Justizvollzugsanstalt Kaisheim	---	A B C	--- 880,3 278,3
812 33-0	056	Ausstattung der Sozialtherapeutischen Abteilungen und der Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten	50,0	A B	50,0 139,6

Erläuterungen

Zu 04 05/812 22	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	4.691,3
Bis einschließlich 2022 bewilligt	3.871,3
Haushaltsbetrag 2023	155,0
Vorbehalten bleiben	665,0

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

Zu 04 05/812 23	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.750,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2023	500,0
Vorbehalten bleiben	2.250,0

Der Neubau der Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München (vgl. 04 05/711 02) muss ausgestattet werden.

2023 gegenüber 2022:
Mehr 500,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabentwicklung.

Zu 04 05/812 24	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	2.439,7
Haushaltsbetrag 2023	50,0
Vorbehalten bleiben	510,3

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 26	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2023	-
Vorbehalten bleiben	3.500,0

Der Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse (vgl. 04 05/730 08) muss ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 30	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.078,1
Bis einschließlich 2022 bewilligt	978,1
Haushaltsbetrag 2023	100,0
Vorbehalten bleiben	-

Ausstattung der Einrichtung für Abschiebungshaft in Eichstätt.

Zu 04 05/812 31	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.176,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	1.175,9
Haushaltsbetrag 2023	-
Vorbehalten bleiben	0,1

Der Neubau des Versorgungszentrums der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (vgl. 04 05/725 23) muss, ebenso wie die neue Turnhalle, ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 33	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	3.194,5
Haushaltsbetrag 2023	50,0
Vorbehalten bleiben	255,5

Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
812 35-8	056	Einbeziehung der Justizvollzugsanstalten in ein bundeseinheitliches Sprech- und Datenfunksystem, Ausstattung mit Digitalfunk, Digitaler Behördenfunk - BOS-Funk	250,0	A B C	250,0 38,3 18,0
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	40,0	A	40,0
812 41-0	056	Erstausstattung der neuen Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof	200,0	A B C	200,0 1.013,0 170,2
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 4.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.500,0	A B C	6.200,0 3.487,6 2.865,7
812 49-2	056	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.700,0	A B C	4.400,0 826,3 778,1
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 516 01.</i>	1.562,0	A B C	1.494,1 1.429,1 1.367,0
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	A B C	--- 6,5 10,0
Titelgruppen					
71 Versorgung der Gefangenen					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>					
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	A B C	55,0 9,7 17,5
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern bis zu 3 Stellen der BesGr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) verstärkt werden.</i>	3.400,0	A B C	3.400,0 2.423,7 2.642,8

Erläuterungen

Zu 04 05/812 35	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.509,5
Bis einschließlich 2022 bewilligt	423,0
Haushaltsbetrag 2023	250,0
Vorbehalten bleiben	836,5

Die Einführung des „BOS-Funks“ (digitaler Behördenfunk) ist angezeigt, um noch besser mit anderen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst) kommunizieren und im Falle einer Alarmlage effektiv handeln zu können.

Zu 04 05/812 37	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.334,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	2.294,0
Haushaltsbetrag 2023	40,0
Vorbehalten bleiben	-

Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.

Zu 04 05/812 41	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2022 bewilligt	1.793,2
Haushaltsbetrag 2023	200,0
Vorbehalten bleiben	1.006,8

Die neue Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof (vgl. 04 05/736 30) muss ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 48
Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten (zum Beispiel Herzschlagdetektoren, Metalldetektorrahmen, Personen-Notsignal-Anlagen), soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden. Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Haftraumkommunikationsanlagen sowie Personen-Notsignal-Anlagen entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden.

2023 gegenüber 2022:	
200,0 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,
500,0 Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 18/26539,
300,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/812 49
Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Video- und Videosensoranlagen zur Überwachung der Außenfassaden, der Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert und ggf. auch erweitert werden.

2023 gegenüber 2022:
Mehr 300,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 05/823 10
Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei 04 05/516 01 veranschlagt.

2023 gegenüber 2022:
Mehr 67,9 Tsd. € wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate.

Zu 04 05/823 12
Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71
Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71
Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Betriebsärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	5.200,0	A B C	5.200,0 4.778,7 5.330,1
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	24.700,0	A B C	24.700,0 24.364,1 23.176,0
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	700,0	A B C	700,0 778,8 721,7
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	250,0	A B C	250,0 213,1 217,1
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	12.500,0	A B C	12.500,0 10.639,6 9.635,5
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	200,0	A B C	200,0 313,0 542,6
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	70,0	A B C	70,0 59,1 56,6
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern der vierten Qualifikationsebene verstärkt werden.</i>	1.600,0	A B C	1.600,0 1.600,2 1.786,2
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.600,0	A B C	2.600,0 1.768,7 2.443,4
Summe der Titelgruppe			51.275,0	A B C	51.275,0 46.948,6 46.569,5
72 Arbeitsbetriebskosten					
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk zu Titel 125 01.</i>					
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	400,0	A B C	400,0 293,5 325,1
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.600,0	A B C	1.600,0 2.015,7 2.086,8

Erläuterungen

Zu 04 05/511 71		2023
		Tsd. €
1.	Bücher und Zeitschriften	50,0
2.	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 11.000 Gefangene	3.200,0
3.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.710,0
4.	Sonstiges	240,0
	Zusammen	5.200,0

Zu 04 05/514 71		2023
		Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Aufwendungen für durchschnittlich 11.000 Gefangene		24.100,0
Sonstige Kleinausgaben		600,0
	Zusammen	24.700,0

Zu 04 05/526 71		2023
		Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Entschädigungen für Beiratsmitglieder		20,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten		300,0
Ausgaben für Videodolmetscherleistungen		290,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)		90,0
	Zusammen	700,0

Zu 04 05/538 71
Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

Zu 04 05/546 71
Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen.

Zu 04 05/547 71
Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

Zu 04 05/671 71
Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

Zu 04 05/812 71
Mit den Mitteln werden sowohl Geräte als auch Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung und die Bildung der Gefangenen beschafft. Ebenso Haftraumausstattungen und Sportgerätschaften.

Zu 04 05/812 71		2023
		Tsd. €
Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für		
-	die medizinische Betreuung der Gefangenen	700,0
-	Anstaltswäschereien	350,0
-	Anstaltsküchen	400,0
-	Bildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitsverwaltung	100,0
-	Hafträume (nur Ausstattung)	500,0
-	Erstinvestitionen in die Gefangenentelefonie	500,0
-	sonstige Geräte, Maschinen und Ausstattungen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	50,0
	Zusammen	2.600,0

Zu 04 05/72
Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei 04 05/125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge <i>Die im Rahmen von Aufträgen der Staatlichen Bauämter an die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten für Materialbeschaffungen anfallenden Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei Tit. 514 72 zu vereinnahmen.</i>	12.400,0	A B C	12.400,0 11.731,9 11.639,4
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	20,0	A B C	20,0 6,4 3,8
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	77,7	A B C	75,0 13,8 21,9
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/235 01.</i>	600,0	A B C	600,0 805,3 842,8
534 72-9	056	Aufwendungen für Auftragnehmer	63,6	A B C	63,6 57,0 56,5
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000,0	A B C	1.000,0 1.108,4 941,1
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	400,0	A B C	400,0 365,0 287,3
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/682 72.</i>	16.500,0	A B C	16.500,0 14.534,4 15.275,5

Erläuterungen

Zu 04 05/514 72		2023
		Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	500,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0
	Zusammen	700,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
	Kosten wie vor	700,0
	Personalausgaben	-
	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	1.350,0
	Ausgaben für Leasing/Miete	20,0
	Zusammen	2.070,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	am 1.4.2022	
	2023	2022	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	45	45	40	-
Nutzfahrzeuge	120	120	112	2

Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	2023
	Tsd. €
	11.700,0

Ausgaben für Materialbeschaffungen, die bei den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten im Rahmen von Aufträgen der Staatlichen Bauämter anfallen, können von den Staatlichen Bauämtern direkt aus den bei Kap. 04 05 zugewiesenen Haushaltsmitteln des entsprechenden Titels beglichen werden. Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands können Rechnungsbeträge bis zu 1,0 Tsd. € im Einzelfall zunächst direkt von den Justizvollzugsanstalten beglichen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind, können diese Rechnungen gesammelt den Staatlichen Bauämtern vorgelegt und von dort an die Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

Zu 04 05/534 72
Veranschlagt werden die Aufwendungen für den Online-Shop-Betreiber.

Zu 04 05/547 72
Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u. a sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten. Ebenso die Ausgaben für den Betrieb des Online-Shops (Pflege Produktdatenbank, Logistikkosten, Hostingkosten, Werbebudget, Marketingbudget, Fulfillmentkosten), für Marketingmaßnahmen außerhalb der Eigenmarke "Haftsache" (Service- und Koordinierungsstelle), für den Betrieb der ERP-Software und für Zertifizierungsmaßnahmen (Service- und Koordinierungsstelle). Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

Zu 04 05/671 72		2023
		Tsd. €
	Veranschlagt sind:	110,0
	Erstattungen an Unternehmen, die im Auftrag der Arbeitsbetriebe Möbel oder Ähnliches aufbauen	12,0
	Kosten für Beratungshonorare (Online-Shop)	268,0
	Kosten für externe Beratungsleistungen (Service- und Koordinierungsstelle)	10,0
	Zusammen	400,0

Zu 04 05/681 72
Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangene (BayUVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.300,0	A B C	4.300,0 3.445,0 3.613,7
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 01. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.280,0	A B C	2.280,0 1.018,1 1.936,5
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	1.350,0	A B C	1.350,0 1.355,2 148,9

Erläuterungen

Zu 04 05/682 72

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr. 4, § 347 Nr. 3, § 349 Abs. 2 SGB III) und die im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse von der Justizvollzugsanstalt München abzuführenden Beträge der Bayerischen Landesunfallkasse an die Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 2 Nr. 1, § 347 Nr. 5, § 349 Abs. 3 SGB III) bei Bezahlung von Verletztengeld an Gefangene.

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2023
	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau einer landwirtschaftlichen Maschinen- und Gerätehalle.	200,0
2. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Siloplatte, des westlichen Zufahrtstores und Instandsetzung der Dächer des Werkstattgebäudes und östlichen Schweinestalls.	650,0
3. Justizvollzugsanstalt München; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	200,0
4. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Umbaumaßnahmen Zürn I und Zürn II.	100,0
5. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung der Lüftungs- und Absauganlage (Schlosserei).	200,0
6. Justizvollzugsanstalt Straubing; Erneuerung des Arbeitsbetriebs Druckerei.	200,0
7. Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing; Erneuerung der Lüftungs- und Klimaanlage des Speisesaals und der Küche (Arbeitsbetrieb).	730,0
Zusammen	2.280,0

Zu 04 05/811 72

Enthalten sind 250,0 Tsd. € aus der Bayerischen Klimaschutzoffensive (Klimaverträgliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe der Justizvollzugsanstalten).

	Tsd. €
2023	-
1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	-
Zu ersetzen:	
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Aichach)	90,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Aichach)	110,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Amberg)	110,0
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	90,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	110,0
Radteleskopklader (Justizvollzugsanstalt Bernau)	80,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	100,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	110,0
Winterdienstfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	80,0
Dreiseitenkipper (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	10,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	100,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech)	110,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau)	110,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth)	60,0
Dienstfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld)	40,0
Dienstfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	40,0
Zusammen	1.350,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	Soll 2022	
				A B C	Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5	
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	6.300,0	A B C	6.300,0 5.855,2 5.394,3
Summe der Titelgruppe			47.291,3	A B C	47.288,6 42.605,0 42.573,6
99 Kosten der Datenverarbeitung					
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	2.325,2	A B C	1.825,2 1.365,6 1.611,8
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	100,0	A B C	100,0 84,8 63,7
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	40,0	A	40,0
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	60,1	A B C	60,0 6,3 32,1
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	100,0	A B C	100,0 99,6 41,1
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	20,0	A	20,0
535 99-7	056	Miete für Software	---	A	---
812 99-1	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.200,0	A B C	1.200,0 1.003,0 891,4
Summe der Titelgruppe			3.845,3	A B C	3.345,2 2.559,3 2.640,1
Gesamtausgaben			569.188,6	A B C	558.189,2 502.132,3 523.318,9

Erläuterungen

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2023
	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für	
- Bäckereien	600,0
- Baubetriebe	300,0
- Druckereien und Buchbindereien	800,0
- Gärtnereien	300,0
- Kfz-Werkstätten	300,0
- Elektrobetriebe	200,0
- Umstellung auf ökologische Landwirtschaft	400,0
- Schlossereien	900,0
- Schneidereien	300,0
- Schreinereien	900,0
- Lohnwäschereien	100,0
- Schuhmachereien	100,0
- Arbeitsräume	100,0
- Allgemeine Ausstattungen	200,0
- Ausbildung im Dienstleistungsbereich	100,0
- ERP-Software	700,0
Zusammen	6.300,0

Zu 04 05/99

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
 - Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausstattung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.
Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.
Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.
2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft), die elektronische Akte einzuführen und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

Zu 04 05/511 99

	2023
	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	800,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	1.200,0
3. Mieten und Wartung	325,2
4. Bücher und Zeitschriften	-
5. Sonstiges	-
Zusammen	2.325,2

2023 gegenüber 2022:

Mehr 500,0 Tsd. € wegen Erhöhung der Bandbreiten und Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

Zu 04 05/812 99

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4	5
		Abschluss		
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	43.691,0	A 43.791,0 B 38.732,6 C 44.703,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.418,0	A 1.418,0 B 760,8 C 1.541,3
		Gesamteinnahmen	45.109,0	A 45.209,0 B 39.493,4 C 46.244,4
		Personalausgaben	311.118,5	A 314.616,5 B 296.636,0 C 293.380,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	135.609,4	A 115.054,9 B 110.027,3 C 110.516,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.530,6	A 24.255,6 B 21.053,6 C 22.447,3
		Baumaßnahmen	67.965,6	A 75.465,6 B 54.861,8 C 80.410,2
		Sonstige Sachinvestitionen	29.964,5	A 28.796,6 B 19.553,7 C 16.564,6
		Gesamtausgaben	569.188,6	A 558.189,2 B 502.132,3 C 523.318,9
		Zuschuss	524.079,6	A 512.980,2 B 462.638,9 C 477.074,5

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C	Ist 2020 Tsd. €
				5	
		Abschluss Epl. 04			
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.401.587,5	A	1.239.187,5
				B	1.315.327,3
				C	1.214.872,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.949,0	A	5.949,0
				B	2.651,9
				C	8.633,0
		Gesamteinnahmen	1.407.536,5	A	1.245.136,5
				B	1.317.979,2
				C	1.223.505,3
		Personalausgaben	1.814.248,9	A	1.777.274,6
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 625,0		B	1.691.987,5
				C	1.652.263,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	872.090,4	A	804.002,3
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 177.952,5		B	751.241,0
				C	715.612,5
		Ausgaben für den Schuldendienst	26,5	A	26,5
				B	23,2
				C	17,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	46.018,7	A	43.353,7
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 32.280,0		B	37.582,8
				C	34.827,4
		Baumaßnahmen	168.221,2	A	153.529,6
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 182.806,4		B	142.708,0
				C	136.691,9
		Sonstige Sachinvestitionen	70.601,3	A	65.143,4
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 22.970,0		B	59.517,3
				C	48.095,3
		Investitionsförderungsmaßnahmen	-	A	-
				B	145,2
				C	45,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	-47.292,3	A	-14.098,6
				B	297,2
				C	279,2
		Gesamtausgaben	2.923.914,7	A	2.829.231,5
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 416.633,9		B	2.683.502,2
				C	2.587.832,7
		Zuschuss	1.516.378,2	A	1.584.095,0
				B	1.365.523,0
				C	1.364.327,4

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2023	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4
04 01			
459 01	Prüfungsvergütungen	2.550,0	625,0
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	510,0	300,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	30,0	60,0
531 11	Fachveröffentlichungen	250,0	200,0
686 02	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug)	184,7	180,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	140,0	100,0
04 02			
526 11	Ausgaben für Sachverständige	78,3	160,0
701 11	Photovoltaik auf staatlichen Dächern	691,6	2.766,4
04 04			
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	16.778,9	12.000,0
511 02	Entgelte für Postdienstleistungen	20.000,0	20.000,0
514 11	Dienst- und Schutzkleidung	639,5	600,0
514 20	Beschaffung von Munition	70,0	70,0
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	32.453,8	28.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	14.000,0	30.000,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	628,6	2.000,0
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	13.595,3	19.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	4.430,0	15.000,0
525 02	Aus- und Fortbildung von Betreuern	100,4	110,0
532 11	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	500,0	1.000,0
545 01	Technische Sicherung von Wohnungen	50,0	50,0
632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	1.138,6	3.000,0
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	925,0	1.900,0
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	8.911,0	25.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	13.404,0	18.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2023	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4
04 04			
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	6.000,0	6.000,0
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	250,0	360,0
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	782,0	800,0
812 26	Erst- und Neuausstattung des Strafjustizzentrums München	---	7.260,0
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	1.450,0	1.000,0
812 40	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut	200,0	200,0
812 42	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Staatsanwaltschaft Bamberg	---	250,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung		
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	37.360,9	1.932,5
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2.105,0	2.250,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	20.554,6	11.220,0
686 99	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich	---	2.200,0
04 05			
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3.000,0	21.000,0
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	17.300,0	13.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	11.685,6	10.000,0
812 48	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	6.500,0	4.000,0
812 49	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten	4.700,0	3.000,0
	72 Arbeitsbetriebskosten		
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	2.280,0	2.000,0
Epl. 04			
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 3 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	140.000,0	150.040,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		416.633,9

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Gesamtkosten Mio. €	davon bis 31.12.2021 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	41	1.663,9	927,4
<i>davon wegfallend ab 2023</i>	-	-	-
 Planungstitel	 32		
<i>davon neu aufgenommen</i>	1		

2022 standen 126,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrundeliegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 3 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Projektunterlage ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Projektfreigabe zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
				C	Ist 2020
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften			
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	A	---
				B	111,8
				C	34,3
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	A	---
				B	43,8
				C	13,5
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen 2015 i.H.v. 216.000,0 Tsd. € und 2017 i.H.v. 84.000,0 Tsd. € gelten abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2016 ff in jeweils verbliebener Höhe fort.</i>	65.000,0	A	40.000,0
				B	65.406,2
				C	30.609,3
711 06-8	051	Sanierung des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck - Planung -	---	A	---
712 20-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erding - Planung -	---	A	---
714 02-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Rosenheim (Justizzentrum) - Planung -	---	A	---
716 01-8	051	Zentraljustizgebäude in Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung -	---	A	400,0
720 05-8	051	Sanierung des Zentraljustizgebäudes in Landshut - Planung -	700,0	A	600,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	27.192,4	-	- Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude wird seit einigen Jahren saniert. Die Maßnahme ist in mehrere Bauabschnitte gegliedert. Die Maßnahmen des 1. Bauabschnittes (u.a. Sanierung der Fenster Innenhofseite, Sanierung der Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen) sind abgeschlossen. Im Rahmen des 2. Bauabschnittes ist unter anderem die Sanierung der Kuppel vorgesehen. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
19.10.2007 14.04.2014	8.000,0	7.768,8	-	- Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Die Kosten des 2. Bauabschnittes werden im Rahmen der Planung ermittelt.
03.02.2015 03.11.2021	340.510,0	163.506,7	32.003,3	Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizzentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Aus diesem Grund wird derzeit am südlichen Oberwiesenfeld das neue Strafjustizzentrum München errichtet. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 10.11.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Fürstfeldbruck ist auf zwei Standorte verteilt untergebracht. In beiden (denkmalgeschützten) Gebäuden besteht ein Sanierungsbedarf, der einer Generalsanierung nahe kommt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Erding ist auf mehrere Standorte verteilt untergebracht. Die Raumverhältnisse sind äußerst beengt. Aus diesem Grund ist eine bauliche Erweiterung bzw. die Errichtung eines Neubaus erforderlich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Rosenheim und die Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Traunstein sind sehr beengt und in fünf räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden im Stadtgebiet (teilweise Mietgebäude) untergebracht. Bereits im Jahr 1991 wurde vom Freistaat Bayern ein Grundstück auf dem sog. "Beilhackgelände" für die Errichtung eines Zentraljustizgebäudes erworben. In den Jahren 2009/2010 wurde mit einem Kostenaufwand von 4,3 Mio. € ein Teilneubau als erstes Modul des Justizzentrums Rosenheim errichtet. Nunmehr soll der Teilneubau in weiteren Bauabschnitten um die noch fehlenden Module ergänzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Bereits vor einigen Jahren wurde im Rahmen einer Hochbaumaßnahme ein Neubau für die Staatsanwaltschaft Traunstein (1. Bauabschnitt) errichtet und der amtsgerichtliche Erweiterungsbau (2. Bauabschnitt) fertiggestellt. Im Rahmen des 3. Bauabschnittes sollen nunmehr die Aufstockung des Sitzungssaalgebäudes und die Sanierung des Gebäudes erfolgen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Das staatseigene Zentraljustizgebäude in Landshut, Maximilianstraße 22, das sich in ein Sitzungssaal- sowie ein atriumförmiges Bürogebäude gliedert, beherbergt das Landgericht und große Teile des Amtsgerichts. Im Gebäude besteht erheblicher Sanierungsbedarf, vor allem im Hinblick auf Brandschutz, Elektrik, Lüftungsanlagen, Böden, Büroeinbauten und Flachdächer. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
				C	Ist 2020
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 04					
720 10-1	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Kelheim - Planung -	---	A	---
725 03-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen	---	A	---
				B	164,6
				C	-37,0
725 04-4	051	Amtsgericht Kaufbeuren Erweiterung und Sanierung	2.500,0	A	4.000,0
				B	3.016,2
				C	2.645,6
730 10-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erlangen - Planung -	---	A	---
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung -	500,0	A	1.250,0
				B	230,7
				C	160,0
730 40-3	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg	350,0	A	1.000,0
				B	938,3
				C	2.886,4
730 45-8	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Nürnberg (Strafjustizzentrum) - Planung -	---	A	---
731 10-8	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung des Amtsgerichts Fürth	---	A	---
				B	552,2
				C	1.082,0
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1	---	A	---
				B	243,6
				C	314,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das denkmalgeschützte Gebäude des Amtsgerichts Kelheim bedarf dringend einer Generalsanierung. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
26.03.2014 15.11.2018	13.250,0	12.290,6	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
30.04.2019	15.500,0	6.921,0	2.079,0	Das Amtsgericht Kaufbeuren besteht aus zwei denkmalgeschützten Hauptgebäuden, welche durch einen nachträglich errichteten Verbindungsbau (in dem sich der Haupteingang befindet) miteinander verknüpft sind sowie einem angemieteten Gebäude. Um eine einhäusige Unterbringung zu ermöglichen und den bestehenden Sanierungsstau (u.a. Mängel beim Personen- und Brandschutz, der energetischen Qualität und der Barrierefreiheit) aufzulösen, sind zwei Bauabschnitte vorgesehen. Im Rahmen des ersten Bauabschnitts sollen der Zwischenbau abgebrochen, anschließend neu errichtet und eines der Hauptgebäude saniert werden. Im zweiten Bauabschnitt soll das andere Hauptgebäude saniert und ein dort befindlicher Anbau abgebrochen werden. Die Gesamtkosten wurden am 03.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Der Sitzungssaalbereich des Amtsgerichts Erlangen muss dringend umfassend saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	34.598,0	3.792,0	Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 4. Teilbaumaßnahme fortgesetzt und die 5. Teilbaumaßnahme geplant werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
02.06.2014 15.07.2020	32.140,0	29.043,9	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das direkt an die Anstaltsmauer angebaute Ermittlungsrichtergebäude soll aus Sicherheitsgründen abgerissen werden. Es ist vorgesehen, das Ermittlungsrichtergebäude im Rahmen einer vorgezogenen Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts der Errichtung des Strafjustizzentrums Nürnberg auf dem sog. VAG-Gelände zu errichten. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
04.05.2018	2.750,0	2.399,9	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	26.159,1	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
04 04					
735 03-3	051	Erweiterung der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz - Planung -	150,0	A	500,0
735 04-2	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für das Amts- und Landgericht Hof - Planung -	800,0	A B	500,0 39,9
735 10-4	051	Amtsgericht Wunsiedel, Sanierung - Planung -	---	A	---
740 02-7	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Aschaffenburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 650,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	A B C	4.500,0 3.917,4 4.111,8
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 9.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	13.000,0	A B C	11.350,0 6.138,1 7.292,4
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt	---	A B C	--- 8,6 191,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Schul- und Unterakunftsgebäude der Justizakademie Pegnitz wurden in den Jahren 2003 bis 2008 letztmals erweitert, umgebaut und saniert. Dennoch ist bereits seit dem Jahr 2012 die Kapazitätsgrenze erneut erheblich überschritten. Neben der Ausbildung der zweiten Qualifikationsebene obliegt der Schule auch die Ausbildung der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Im Jahr 2013 kam die zentrale Schulung neu eingestellter Beschäftigter hinzu. Außerdem musste das Fortbildungsangebot (insbesondere im Bereich der EDV) kontinuierlich ausgebaut und den aktuellen Erfordernissen an einen zeitgemäßen Bürobetrieb angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der fehlenden räumlichen Kapazitäten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in andere Tagungsstätten verlegt werden müssen. Lehrgangsteilnehmer müssen in nicht unerheblicher Zahl außerhalb des Schulgeländes in privat angebotenen Unterkünften oder in einem Motel in der Stadt Pegnitz untergebracht werden. Bei der Planung sollen Synergieeffekte der Behördenverlagerung des Fachbereichs Rechtspflege der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern von Starnberg nach Pegnitz berücksichtigt werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Entsprechend der baufachlichen Festsetzung vom 11.02.2009 wurde für die Justizbehörden Hof ein neues Zentraljustizgebäude errichtet (vgl. Tit. 735 02). Im Verlauf der Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass auch der Sitzungssaalbau nicht mehr mit vertretbaren Kosten saniert werden kann. Zudem hat sich der Flächenbedarf der Justizbehörden Hof seit dem Beginn der Baumaßnahmen u.a. durch die Gründung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Hof erhöht. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert und mit der Maßnahme begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Gebäude des Amtsgerichts Wunsiedel muss dringend umfassend saniert werden. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
27.05.2016	26.000,0	16.926,7	2.073,3	In den denkmalgeschützten Gebäuden der Justizbehörden in Aschaffenburg besteht sowohl erheblicher Raum- als auch Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit). Es ist vorgesehen, den Sitzungssaaltrakt in der Erthalstraße 3 aufzustocken und das gesamte Gebäude einer Generalsanierung zu unterziehen. Im Gebäude am Schlossplatz 7 soll das Dachgeschoss ausgebaut werden. Die Gesamtkosten wurden am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Maßnahme fortgeführt.
02.06.2006 31.01.2018	67.320,0	24.070,5	18.899,5	Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme wird in Teilbaumaßnahmen durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die 2. Teilbaumaßnahme wird in mehreren Bauabschnitten durchgeführt (1. Bauabschnitt - Abriss des restlichen Finanzamts, 2. Bauabschnitt - Errichtung eines neuen Justizgebäudes und 3. Bauabschnitt - Sanierung des historischen Justizgebäudes). Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.03.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
08.09.2014 19.12.2019	12.040,0	11.499,9	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
			Tsd. € <th>B</th> <th>Ist 2021</th>	B	Ist 2021
				C	Ist 2020
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 04					
744 01-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Obernburg a. Main - Planung -	---	A	---
<u>746 01-2</u>	051	Justizbehörden in Regensburg, Sanierung der Tiefgarage - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	A	
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung	---	A	---
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	200,0	A	400,0
				B	10,9
				C	21,2
		Summe Kapitel 04 04	86.000,0	A	64.500,0
				B	80.822,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 10.650,0</i>		C	49.337,9
04 05		Justizvollzugsanstalten			
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen sowie der Versorgungs- und Arbeitsbetriebe - z. T. Planung -	---	A	---
711 01-0	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumweh rung und der Videoüberwachungsanlagen) <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.300,0	A	4.000,0
				B	4.787,9
				C	3.651,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Obernburg a. Main ist derzeit in einem Gebäude in der Römerstraße 80 (staatseigen) und einem Mietgebäude beengt untergebracht. Im Rahmen der Behördenverlagerung ist geplant, das bisher vom Finanzamt Obernburg genutzte Gebäude in der Römerstraße für die Zwecke der Justiz zu übernehmen. Im Anschluss daran sollen Sanierungsmaßnahmen in den staatseigenen Gebäuden in der Römerstraße durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Die Tiefgarage der Justizbehörden in Regensburg unter dem Amtsgerichtsgebäude Augustenstraße 3 ist dringend umfassend sanierungsbedürftig. Neben einer Sanierung des Betons wird insbesondere auch die Erneuerung der Technik (u. a. Brandmeldeanlage, [Sicherheits-]Beleuchtung, Sprinkleranlage, Lüftungsanlage) erforderlich. Aufgrund der starken Schädigungen ist eine Sanierung in Teilen und bei laufendem Betrieb nicht möglich. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
31.08.2004 11.02.2016	27.350,0	27.137,8		- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlichen Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
30.04.2009	3.750,0	3.056,7		- Die Entwässerungsanlagen sowie die Versorgungs- und Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden. 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung der Versorgungs- und der Arbeitsbetriebe. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von 3.056,7 Tsd. € abgeschlossen worden ist. Die Kosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
24.02.2016 15.02.2022	33.860,0	14.550,8	11.009,2	Die Justizvollzugsanstalt München muss auf Grund ihrer Zuständigkeit und dem neu hinzugekommenen Hochsicherheitsgerichtssaal die höchsten Sicherheitsanforderungen erfüllen. Die vorhandenen baulichen und elektrotechnischen Sicherheitsanlagen entsprechen nur noch bedingt dem aktuellen Bedarf. Zur Verbesserung der Sicherheitslage sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 31.03.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
			Tsd. € <th>B</th> <th>Ist 2021</th>	B	Ist 2021
				C	Ist 2020
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 05					
711 02-9	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	10.000,0	A B C	12.700,0 5.653,7 1.639,7
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - z. T. Planung -	1.100,0	A B C	200,0 260,5 547,7
711 21-6	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau eines Unterkunftsgebäudes - Planung -	100,0	A	400,0
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
13.05.2019 04.10.2022	62.300,0	9.087,6	31.212,4	Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind stark veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist im Hinblick auf die Bausubstanz unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Der Neubau wird als zentrale Krankenabteilung konzipiert. Dezentrale Einheiten in anderen Anstalten sollen insoweit überprüft und entsprechende Einsparpotentiale realisiert werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 09.11.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
30.01.2015 18.08.2022	8.950,0	6.161,5	-	- In der Justizvollzugsanstalt München werden im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme bauliche Brandschutzmaßnahmen sowie die Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung durchgeführt. Die Teilkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden zuletzt am 13.10.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. In der anschließenden 2. Teilbaumaßnahme sollen weitere bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die Planung der 2. Teilbaumaßnahme begonnen.
-	-	-	-	- Die in der Justizvollzugsanstalt München vorhandenen Unterkunftsgebäude Nordbau sowie der West- und der Ostbau mit zusammen ca. 660 Haftplätzen und weiteren ca. 50 Plätzen in der Transportabteilung sind in der kompletten Bausubstanz vollständig verbraucht. In der Vergangenheit wurde gutachterlich festgestellt, dass die Unterkunftsgebäude West- und Ostbau nicht mehr sanierungsfähig sind, sondern durch Neubauten ersetzt werden müssen. Mittelfristig ist der Umbau und die Sanierung des Nordbaus notwendig. Für den Westbau und für den Ostbau müssen Ersatzbauten errichtet werden. Nachdem die genannten Unterkunftsgebäude einen wesentlichen Teil der Belegungsfähigkeit der Anstalt abdecken, muss in einem ersten Schritt ein zusätzliches Unterkunftsgebäude als Ausweichquartier errichtet werden, welches später als zusätzliche Haftplatzkapazität eingebunden wird. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.663,4	-	- Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Versorgungszentrums mit zentraler Funktion für die Versorgung benachbarter Justizvollzugsanstalten. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
04 05					
712 02-8	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn Errichtung eines Unterkunftsgebäudes - Planung -	---	A	---
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	A B C	2.800,0 1.811,1 1.372,2
714 02-6	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Fahrzeugschleuse, Videoüberwachungsanlage) sowie Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	100,0	A	100,0
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug	---	A B C	--- 1,5 21,2
715 30-1	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Erneuerung der Anstaltsküche sowie der zentralen Energieversorgung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 4.890,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	450,0	A	500,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	16,4	-	- Durch den Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit ca. 74 Haftplätzen in der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn soll Ersatz geschaffen werden, nachdem die Straf- und Untersuchungshaftplätze in der Justizvollzugsanstalt Erding umgewidmet und für die Abschiebungshaft zur Verfügung gestellt werden mussten. Die vorgesehene Baufläche befindet sich im umwehrten Bereich der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn. Aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und der baulichen Gegebenheiten ist dort eine zügige und wirtschaftliche Realisierung im laufenden Anstaltsbetrieb möglich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
16.11.1999 28.10.2016	33.145,0	20.610,9	9.234,1	In der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, die sich wie folgt darstellen: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen. 2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Zur Verbesserung der Sicherheit muss in der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech die vorhandene Umwehrungsmauer saniert und der Geländeumgriff mit einer neuen Umwehrungsmauer erweitert sowie eine Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Unterkunftsgebäude sind mit einer neuen Videosensoranlage abzusichern. Die Bereiche Krankenabteilung, Schulgebäude, Torwache, Verwaltung, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude und das Dach des Gefangenen-Speisesaals müssen saniert sowie die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
08.10.2009 11.02.2014	11.710,0	11.566,9	-	- Die Baumaßnahme im Bereich der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau umfasst die Errichtung von Arbeitsbetriebsräumen, einer Abteilung für den offenen Vollzug (5 Plätze), eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (16 Haftplätze) sowie einer Wohngruppe (20 Haftplätze), die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und des Entwässerungssystems. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 11.705,0 Tsd. € abgeschlossen.
02.02.2023	8.100,0	-	-	- Nach über 30-jährigem Vollbetrieb ist die Anstaltsküche der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau baulich weitgehend verbraucht und entspricht nur noch bedingt den Anforderungen der Lebensmittelhygiene, den arbeitsmedizinischen Vorschriften und den technischen Regeln für den Arbeitsschutz. Im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme soll deshalb der dringend notwendige Neubau eines Küchengebäudes erfolgen. Die Teilkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden am 23.03.2023 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen genehmigt. Für die Neuausrichtung der Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien soll im Vorfeld eines Projektantrags für den Neubau der Energiezentrale zur Bedarfsermittlung ein Energiekonzept erstellt werden. Im Rahmen der 2. Teilbaumaßnahme soll dann eine Energiezentrale für eine moderne, klimaschonende Energieversorgung für die Gesamtliegenschaft errichtet werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
1	2	3	4	C Ist 2020 Tsd. €	
				5	
04 05					
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung	---	A	---
				B	61,4
				C	55,9
718 22-8	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen	---	A	600,0
				B	1.048,0
				C	1.008,5
719 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	---	A	---
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	---	A	---
				B	66,9
720 14-4	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbaumaßnahmen zur Unterbringung einer Sozialtherapeutischen Abteilung	---	A	200,0
				B	511,1
				C	562,1
720 15-3	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Psychiatrische Abteilung, Mehrzweckhalle, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude) - z.T. Planung -	200,0	A	200,0
				B	2.517,2
				C	842,3
720 51-8	056	Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing Erweiterung und Sanierung - Planung -	100,0	A	250,0
				B	6,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
25.02.2008	4.900,0	4.878,6	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 4.880,0 Tsd. € abgeschlossen.
17.10.2016 15.07.2020	8.360,0	6.945,1	-	- In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth werden die Küche saniert und das Dach des Arbeitsbetriebsgebäudes instandgesetzt. Ferner werden Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 22.09.2020 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 8.000,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Die durchgeführte RÜV-Begehung der Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau hat ergeben, dass die Dachstühle erhebliche statische Mängel aufweisen. Gleichzeitig müssen die notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen sowie weitere Sanierungen in den Anstaltsgebäuden durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
26.05.2003 31.03.2016	31.773,5	31.457,8	-	- Die Baumaßnahme im Bereich der Justizvollzugsanstalt Straubing besteht aus den Teilbaumaßnahmen: 1. Brandschutz, Kanalsanierung, Ersatzstromanlagen. 2. Neubau einer Einrichtung für Sicherungsverwahrung. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 31.470,0 Tsd. € abgeschlossen.
22.10.2015	2.500,0	2.035,0	-	- In der Justizvollzugsanstalt Straubing wird eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 24 Haftplätzen errichtet. Diese Abteilung wird in den durch den 2013 fertig gestellten Neubau der Einrichtung für Sicherungsverwahrung frei gewordenen Räumen der ehemaligen Sicherungsverwahrung im Haus 2 untergebracht. Hierfür sind Umbau-, Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen zur Unterbringung von Haft-, Therapie-, Gruppen- und Diensträumen erforderlich. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 2.250,0 Tsd. € abgeschlossen.
30.07.2018 19.05.2022	7.520,0	3.547,0	3.673,0	Eine RÜV-Begehung hat ergeben, dass das Dachtragwerk der Mehrzweckhalle erhebliche statische Mängel aufweist und vordringlich erneuert werden muss. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden zuletzt am 13.07.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Ferner ist das Dach der Anstaltskirche aus statischen Gründen sanierungsbedürftig. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 2. Teilbaumaßnahme geplant. Das aus dem Jahre 1917 stammende Haus 3 der Justizvollzugsanstalt Straubing dient der Unterbringung und Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen. Nach über 100-jährigem vollzuglichen Betrieb stehen dringende bauliche Sanierungs- und vollzugsbedingte Modernisierungsmaßnahmen an. Das bisherige Wirtschaftsgebäude soll einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Unter anderem müssen für die aus Brandschutzgründen unzureichend untergebrachte Bekleidungskammer, neue geeignete Räume geschaffen werden. Die Gesamtkosten der weiteren Teilbaumaßnahmen werden im Rahmen der Planungen ermittelt.
-	-	18,9	-	- Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Wegen der hohen Auslastung müssen zusätzliche Unterkunfts- und Unterrichtsräume, ein neuer Versorgungsbereich, ein größeres Verwaltungsgebäude sowie eine Sporthalle mit vollzuglichen Trainingsräumen geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung für den im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme durchzuführenden Neubau eines Unterkunftsgebäudes durchgeführt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
				C	Ist 2020
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 05					
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	A	---
				C	-0,1
722 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Passau Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2019 i.H.v. 150.000,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2020 ff. in jeweils verbliebender Höhe fort. Aus dem Ansatz dürfen auch Zuführungen an den Grundstock "Allgemeine Landesverwaltung" für den Erwerb des erforderlichen Grundstücks vorgenommen werden. Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 13.200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	17.000,0	A	11.000,0
				B	451,1
				C	3.286,6
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung -	100,0	A	4.500,0
				B	5.639,5
				C	3.810,4
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	50,0	A	2.500,0
				B	5.570,9
				C	6.833,8
726 10-2	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Brandschutzmaßnahmen sowie Sanierung der Gebäude- und Sicherheitstechnik - Planung -	100,0	A	500,0
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums	---	A	---
				B	9,7
				C	131,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	69.103,4	-	Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 69.200,0 Tsd. € abgeschlossen.
01.08.2018 25.01.2023	252.000,0	9.472,7	146.912,0	Für den Bereich der Straf- und Abschiebungshaft müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Herausforderungen der Migrationskriminalität im südostbayerischen Raum wirksam zu begegnen. Ferner bedingt ein konsequenter Vollzug des Asyl- und Ausländerrechts einen vierten Standort zum Vollzug der Abschiebungshaft. Es ist deshalb unabweisbar, mit zeitlich höchster Priorität, an dem günstig gelegenen Standort in Passau eine neue Justizvollzugsanstalt mit 450 Haftplätzen in Kombination mit einer baulich separaten Einrichtung für Abschiebungshaft mit bis zu 200 Haftplätzen nach modernsten Gesichtspunkten zu errichten. Das Baugrundstück befindet sich im Staatseigentum. Die neuen Gesamtkosten wurden am 23.03.2023 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
07.10.2016 10.12.2020	23.800,0	14.175,7	5.024,3	Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Innerer Sicherheitszaun, Videoüberwachungsanlagen, Torwache mit Sicherheitszentrale, Fahrzeugschleuse, Funktionsgebäude). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Die Gesamtkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden zuletzt am 17.03.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planungen ermittelt.
29.05.2015 28.09.2021	35.150,0	31.086,7	1.513,3	Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Metzgerei, Kantine für Bedienstete) errichtet und mit einem unterirdischen Verbindungsgang an die Unterkunftsgebäude angeschlossen werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 02.12.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- Auf der Grundlage des aktuellen Brandschutzkonzepts müssen in der Justizvollzugsanstalt Aichach die geforderten, notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Ebenso sind die verbrauchten Anlagen in den Bereichen Gebäude- und Sicherheitstechnik zu erneuern und die begleitenden baulichen Sanierungsmaßnahmen auszuführen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.
19.05.2010 21.05.2015	21.000,0	20.785,2	-	Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmaßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 20.850,0 Tsd. € abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
04 05					
726 53-0	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau und Sanierung des Wirtschaftsgebäudes - Planung -	---	A	---
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	A B C	--- 14,7 22,2
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt	50,0	A B C	200,0 31,6 179,1
728 11-9	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Jugendarrestanstalt und einer Abteilung des offenen Vollzugs - Planung -	---	A	---
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 14.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	A B C	5.200,0 1.186,3 962,6
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	A B C	200,0 94,5 272,6
730 20-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen - Planung -	---	A	---
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.400,0	A B C	1.800,0 542,0 650,2

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Das bisherige Wirtschaftsgebäude in der Justizvollzugsanstalt Aichach kann nunmehr einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Nach den vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden ca. 50 zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
26.05.1993 31.01.2014	16.290,0	14.238,6	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 14.240,0 Tsd. € abgeschlossen.
19.10.1998 11.04.2014	104.740,0	103.025,1	500,0	Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg in Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- In unmittelbarer räumlicher Nähe zu der neu gebauten Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen (siehe 04 05/728 10) soll eine neue Jugendarrestanstalt (ca. 45 Arrestplätze) und eine Abteilung des offenen Vollzugs (ca. 34 Haftplätze) gebaut werden. Das Baugrundstück befindet sich im Staatseigentum. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
15.05.2020 12.10.2021	56.750,0	3.053,6	45.496,4	In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch, sowie eine Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden am 02.12.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
26.05.1998 22.05.2017	31.290,0	15.731,0	16.228,0	Die Untersuchungshaftanstalt (Erweiterungsbau und Altbau) der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss dringend umfassend instandgesetzt werden (Haftraumfenster und -türen, Brandschutzmaßnahmen, Sicherheitszaun, Sanitär- und Elektroinstallation, Lüftungsanlage, Kommunikationsanlage, Fassaden). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 4. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten sind zuletzt am 05.07.2017 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt worden. Die Teilbaumaßnahmen 1 - 3 sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 4. Teilbaumaßnahme durchgeführt.
-	-	20,3	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg müssen dringende Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und der vollzuglichen Sicherheit durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
30.04.2009 21.03.2014	21.140,0	13.002,0	5.938,0	In der Justizvollzugsanstalt Ebrach sollen auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung in Abschnitten die dringend notwendigen Umbau-, Neubau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden: 1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker"). 2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung und Erneuerung des Sportplatzes. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals. 4. Teilbaumaßnahme: Verlegung der Torwache und des Besuchsbereichs, Abbruch der Unterkunftsgebäude II und III mit Ersatzneubau, Umbau und Sanierung des Unterkunftsgebäudes I. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 4. Teilbaumaßnahme geplant. Die Kosten der 4. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
				B	Ist 2021
				C	Ist 2020
			Tsd. €		Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 05					
735 20-9	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung sowie Instandsetzung der Abwasserkanäle - Planung -	350,0	A B C	300,0 131,1 33,4
736 30-6	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau einer Einrichtung für Abschiebungshaft	100,0	A B C	5.000,0 13.944,5 43.224,1
736 51-0	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau eines Verwaltungsgebäudes - Planung -	---	A	100,0
737 01-0	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Maßnahmen zur Sicherstellung der Betriebssicherheit - Planung -	---	A	---
737 55-5	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung -	---	A	---
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	---	A B C	--- 836,1 885,2

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	186,9	-	- Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgung der Justizvollzugsanstalt Ebrach ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu erneuern. Gleichzeitig müssen die defekten Abwasserkanäle instandgesetzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.
20.06.2018 01.07.2019	78.500,0	66.090,4	7.309,6	Abschiebungshaft wird in Bayern in Amtshilfe für das zuständige Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den Justizvollzugsanstalten Eichstätt und Erding vollzogen, die zu Einrichtungen für Abschiebungshaft umgewidmet wurden. Nachdem Asylverfahren weiter beschleunigt und die Anzahl der Rückführungen weiter erhöht werden sollen, werden in der Folge die Abschiebungshaftzahlen noch weiter ansteigen. Bereits jetzt können die vorhandenen Kapazitäten den Bedarf nicht jederzeit abdecken. Zur konsequenten Durchsetzung des geltenden Ausländerrechts ist aber die Möglichkeit, Abschiebungshaft vollziehen zu können, unabdingbar. Deshalb soll eine weitere Einrichtung mit 150 Abschiebungshaftplätzen geschaffen werden. In Hof ist direkt neben der Justizvollzugsanstalt ein geeignetes, bebaubares Grundstück verfügbar, welches sich im Staatseigentum befindet. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme werden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme wurden am 09.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Hof ist seit 1. Januar 2019 eine selbständige Behörde. Für die Unterbringung einer eigenen Verwaltungsstruktur müssen die notwendigen Verwaltungsräume in einem zu errichtenden Neubau geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Bamberg ist in einer baulichen Anlage untergebracht, welche ursprünglich wohl aus dem Jahre 1754 stammt. Die Bausubstanz sowie die Gebäude- und Sicherheitstechnik sind veraltet und verbraucht. Der bauliche Brandschutz genügt nicht mehr den Anforderungen. Ein sicherer vollzoglicher Betrieb ist kaum noch möglich. Nachdem sich der Neubau (siehe Kap. 04 05 Tit. 737 55) wegen des bisher ungesicherten Grunderwerbs nicht in der vorgesehenen Geschwindigkeit realisieren lässt, muss der Altbestand soweit ertüchtigt werden, dass ein zuverlässiger vollzoglicher Betrieb bis zur Inbetriebnahme des Neubaus möglich ist. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	15,4	-	- Die alte Justizvollzugsanstalt befindet sich im Stadtkern von Bamberg und hat keine Umwehrgung. Die baulichen Voraussetzungen und die schlechte Gebäudesubstanz sind für einen sicheren und modernen Justizvollzug nur noch bedingt geeignet. Es ist deshalb unabweisbar, an einem günstigeren Standort eine neue Justizvollzugsanstalt nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
01.02.2007 15.02.2015	14.300,0	13.740,1	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth. Im Rahmen der 3. Teilbaumaßnahme soll eine Personen-Notsignal-Anlage und eine BOS-Objektfunkanlage für den gesamten Anstaltsbereich errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.04.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 14.200,0 Tsd. € abgeschlossen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023 Tsd. €	A B C	Soll 2022 Ist 2021 Ist 2020 Tsd. €
1	2	3	4		5
04 05					
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung und einer Sporthalle - Planung -	---	A	---
738 25-1	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines Versorgungszentrums - Planung -	200,0	A	500,0
738 53-6	056	Justizvollzugsanstalt Marktredwitz Neubau einer Justizvollzugsanstalt - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 95.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2023 in</i> <i>Höhe von 95.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i> <i>Haushaltsjahren</i> 2024 Tsd. € 20.000,0 2025 Tsd. € 19.000,0 2026 Tsd. € 19.000,0 2027 Tsd. € 19.000,0 2028 Tsd. € 18.000,0	14.000,0	A B C	3.500,0 1.589,1 414,8
740 02-4	056	Justizvollzugsanstalt Würzburg Ersatzneubau der Anstaltsküche, Errichtung einer Fahrzeugschleuse und Rückbau der Bestandsküche - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	A B C	2.400,0 2,2 87,3
745 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des baulichen Brandschutzes <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	A B C	500,0 996,0 740,4
745 23-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterungs- und Instandsetzungsmaßnahmen (Arbeitsbetriebe) - Planung -	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- Entsprechend dem Konzept für den Ausbau der Sozialtherapie soll in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth eine Sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen und eine aus vollzuglichen Gründen dringend notwendige Sporthalle errichtet werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Bei den Versorgungsbetrieben in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth ist der bauliche und technische Bestand veraltet, verbraucht und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Da eine Sanierung nicht wirtschaftlich ist, muss ein Neubau errichtet werden. Zur Erzielung von Synergieeffekten sollen diese Versorgungsbetriebe die neue Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz, die Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof, die Justizvollzugsanstalt Hof und sukzessive weitere Justizvollzugsanstalten in der Region mit Verpflegung und Waschleistungen mitversorgen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
20.07.2018 12.12.2022	20.000,0	2.035,1	-	- Im Rahmen des Konzepts der Heimatstrategie "Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015" wird in der Stadt Marktredwitz (Landkreis Wunsiedel) eine neue Justizvollzugsanstalt gebaut. Sie soll eine Belegungsfähigkeit von 364 Haftplätzen haben, die sich wie folgt zusammensetzt: 120 Haftplätze für weibliche Gefangene einschließlich einer Mutter-Kind-Abteilung mit 10 Haftplätzen, 220 Haftplätze für männliche Gefangene und 24 Haftplätze in einer geriatrischen Abteilung. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme wurden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung für die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt und anschließend mit der Baudurchführung begonnen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die weiteren Teilkosten der 1. Teil-Projektplanung zur 2. Teilbaumaßnahme am 08.02.2023 genehmigt. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der weiteren Planung ermittelt.
-	-	89,5	-	- Die Anstaltsküche in der Justizvollzugsanstalt Würzburg ist in ihrem baulichen Bestand dringend sanierungsbedürftig. Da eine Sanierung am bisherigen Standort unwirtschaftlich ist, wird ein Ersatzneubau an anderer Stelle errichtet. Im Rahmen des Bauvorhabens soll durch einen werthaltigen Ausbau der Baustellenzufahrt mit Fahrzeugschleuse gleichzeitig eine auf Dauer nutzbare, zweite Zufahrtsmöglichkeit in die Anstalt geschaffen werden. Die Bestandsküche soll bis auf den Rohbau zurückgebaut werden, um das Gebäude einer anderweitigen Nutzung zuzuführen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
15.05.2018	8.900,0	2.089,4	6.610,6	In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen zur Verbesserung der Sicherheit die Torwache umgebaut und saniert sowie ein neuer Beobachtungsturm errichtet werden. Im Zuge des Einbaus der Personen-Notsignal-Anlage werden begleitend bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen die Arbeitsbetriebe grundlegend neu strukturiert werden. Insbesondere die bisher für die landwirtschaftlichen Betriebe genutzten Einrichtungen sind zu beseitigen, um die erforderlichen Neubauten zur Modernisierung der Arbeitsbetriebe zu ermöglichen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2023	A	Soll 2022
			Tsd. € <th>B</th> <th>Ist 2021</th>	B	Ist 2021
				C	Ist 2020
					Tsd. €
1	2	3	4	5	
04 05					
745 31-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Bauliche Brandschutzmaßnahmen und Sanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	A	700,0
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	100,0	A	650,0
				B	1.510,2
				C	2.679,5
		Summe Kapitel 04 05	54.000,0	A	61.500,0
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 139.390,0		B	49.274,9
				C	73.914,6
		Summe Epl. 04	140.000,0	A	126.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2023 Tsd. € 150.040,0		B	130.097,2
				C	123.252,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2021 verausgabt Tsd. €	ab 2024 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
6	7	8	9	10
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg ist eine Verbesserung des baulichen Brandschutzes unbedingt erforderlich. Begleitend dazu müssen die notwendigen Sanierungen am Gebäudebestand durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 09.11.2022 die Projektfreigabe erteilt.
08.09.2009 11.05.2018	38.690,0	36.708,8	-	- Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Betriebsgebäudes (Arbeits- und Versorgungsbetriebe), Errichtung des Westflügels (Besuchsbereich, Transportabteilung, Aufnahme und Entlassung, Hafträume, Verwaltung), Neubau der Torwache mit Fahrzeugschleuse, Sanierung des Südbaus und Erstellung der Außenanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Mittel- und des Nordbaus, Errichtung des Ostflügels (Unterkunftsgebäude) sowie Erstellung der Außenanlagen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von ca. 38.690,0 Tsd. € abgeschlossen wird. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

- Einzelplan 04 -

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
422 01	Planmäßige Beamte			
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	8	8
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B4	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	5	5
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		19,10	20,10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	22	22
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	14	15
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	13,59	13,59
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13+AZ	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	17,25	18,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	6	6
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	4,51	4,51
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	3	3
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	12	12
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	9	9
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A8	2	-
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		2	2
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		-	2
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	1	-
	Verwaltungsbetriebs obersekretäre, Verwaltungsbetriebs obersekretärinnen		2	3
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	A6+AZ	3	3
	Zusammen Zugang/Abgang		149,45	152,45 +3
	Leerstellen			
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B6	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	6	6
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	5	7
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4
	Regierungs obersekretäre, Regierungs obersekretärinnen	A7	5	-
	Zusammen Zugang/Abgang		37	34 -3
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)			
		R9- R1,A16- A3	10	10

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Personalsoll A (Personal auf Stellen)		
Umsetzung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr A8
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr A13
Summe Umsetzung	+3	
Umwandlung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A8 Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-2	Umwandlung nach 422 01 BesGr A8
Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen	+2	Umwandlung von 422 01 BesGr A8
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7
Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	+1	Umwandlung von 422 01 BesGr A7
Summe Umwandlung	-	
kostenneutrale Hebung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A13
Summe kostenneutrale Hebung	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+3	
LEERSTELLEN		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	neu
Summe neu	+2	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 31		A16+AZ -A3	4	4
	Zusammen		14	14
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 14	E14	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	12,50	12,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	7,50	7,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	2	2
	Zusammen		40	40
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3,34	3,34
	Zusammen		3,34	3,34
	Gesamtübersicht			
422 01	Planmäßige Beamte		149,45	152,45
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		40	40
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		189,45	192,45
	Ferner:			
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3,34	3,34
	Personalsoll B		3,34	3,34
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		192,79	195,79

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Einsparung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A7 Regierungsobersekretäre,	-5	Einsparung
Regierungsobersekretärinnen		
Summe Einsparung	-5	
Zu- und Abgänge insgesamt	-3	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung				BesGr EGr	Stellenzahl																																					
						2022	2023																																				
1	2				3	4	5																																				
	<p><i>Folgende (Plan-) Stellen sowie die entsprechenden Personalmittel erhalten den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2023“:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kapitel</th> <th>Titel</th> <th>BesGr/EGr</th> <th>Stellenzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>04 04</td> <td>422 01</td> <td>A10</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A9+AZ</td> <td>3,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A8</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A7</td> <td>2,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A6</td> <td>54,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td>428 11</td> <td>-</td> <td>35,00</td> </tr> <tr> <td>04 05</td> <td>422 01</td> <td>A7</td> <td>40,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Summe</td> <td></td> <td>148,00</td> </tr> </tbody> </table>				Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl	04 04	422 01	A10	7,00			A9+AZ	3,00			A8	7,00			A7	2,00			A6	54,00		428 11	-	35,00	04 05	422 01	A7	40,00		Summe		148,00			
Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl																																								
04 04	422 01	A10	7,00																																								
		A9+AZ	3,00																																								
		A8	7,00																																								
		A7	2,00																																								
		A6	54,00																																								
	428 11	-	35,00																																								
04 05	422 01	A7	40,00																																								
	Summe		148,00																																								
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)																																										
	Ersatzstellen für Altersteilzeit																																										
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9				R5	1	1																																				
	Richter, Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht				R3	-	1																																				
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht					1	1																																				
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen				R2+AZ	2	2																																				
	Richter, Richterin am Amtsgericht als Leiter oder Leiterin einer Hauptabteilung an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen					-	1																																				
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten				R2	3	5																																				
	Richter, Richterin am Amtsgericht als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen					1	1																																				
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten					9,90	9																																				
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten				R1	5,75	3																																				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen				A13	-	2																																				
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen				A9	8,32	8,24																																				
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen					2	-																																				
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen					4,74	7,74																																				
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen				A8	6	8																																				
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen				A6	3,75	17,59																																				
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin					1	-																																				
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin				A5	0,44	0,44																																				
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen				A4	6	7																																				
	Zusammen					55,90	75,01																																				
	Zugang/Abgang						+19,11																																				

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R3 Richter, Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Richter, Richterinnen am Amtsgericht +AZ als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+3	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+13,84	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A4 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+25,84	
Einsparung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-0,90	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-2,75	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-0,08	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-2	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-6,73	
Zu- und Abgänge insgesamt	+19,11	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+0,25	neu im Vollzug des Art. 6d HG

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+0,25	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+0,25	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A15 Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	+0,10	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+0,20	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	+0,66	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	+0,25	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+0,28	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	+0,38	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+0,70	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+0,82	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+0,50	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+0,30	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+4,94	
Zu- und Abgänge insgesamt	+4,94	
ERSATZSTELLEN FÜR ARBEITSZEITMODELLE		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+0,40	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	neu im Vollzug des Art. 6d HG
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,65	neu im Vollzug des Art. 6d HG
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,60	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+4,65	
Einsparung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,60	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	-	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E9	-	0,65
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E8	1	0,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	2,70	3,30
	Zusammen		3,70	6,45
	Zugang/Abgang			+2,75
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):			
	<i>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</i>			
	<i>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.</i>			
	Gesamtübersicht			
	Nachrichtlich:			
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		1,76	6,70
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		55,90	75,01
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		11,10	14,65

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1,10	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3,55	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Gerichte abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 BayBesG erfüllen.</i></p>			
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)			
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1
	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R8	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk		2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7+AZ	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R4+AZ	1	1
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7	R4	1	1

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Personalsoll A (Personal auf Stellen)		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R2 Oberstaatsanwälte, +AZ Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	+1	neu (Stärkung der Staatsanwaltschaften sowie Bekämpfung Cybercrime und Hatespeech)
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+4	neu (Stärkung der Staatsanwaltschaften sowie Bekämpfung Cybercrime und Hatespeech)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+15	neu (Stärkung der Staatsanwaltschaften sowie Bekämpfung Cybercrime und Hatespeech)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+30	neu (Stärkung der Staatsanwaltschaften sowie Bekämpfung Cybercrime und Hatespeech)
A15 Technische Direktoren, Technische Direktorinnen	+1	neu (Digitale Verfahren)
A14 Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen	+1	neu (Digitale Verfahren)
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen Sozialräte, Sozialrätinnen	+5 +1	neu (Digitale Verfahren und Ertüchtigung Strafjustiz) neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	+10 +1	neu (Digitale Verfahren und Ertüchtigung Strafjustiz) neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A11 Rechtspflegeamtswachen, Rechtspflegeamtswachfrauen Sozialamtswachen, Sozialamtswachfrauen	+10 +1	neu (Digitale Verfahren und Ertüchtigung Strafjustiz) neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+5	neu (Digitale Verfahren und Ertüchtigung Strafjustiz)
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+1	neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+2	neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+2	neu (Ertüchtigung Strafjustiz)
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+5	neu (Sicherheit in den Dienstgebäuden)
A6 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	+5	neu (Sicherheit in den Dienstgebäuden)
Summe neu	+100	
Umsetzung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
A13 Technische Räte, Technische Rätinnen	-2	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A13
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-2	Umsetzung nach 06 14

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		10	10
	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		10	10
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		11	11
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Generalstaatsanwälten oder Generalstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 6	R3+AZ	2	2
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6		1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		10	10
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		11	11
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		10	10
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		28	28
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
A11 Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	+2	Umsetzung von 06 14
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-3	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr B3
Summe Umsetzung	-5	
Umwandlung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr R2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten oder Dezententinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+1	Umwandlung von 422 01 BesGr R2
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	Umsetzung und Umwandlung von 13 03 / 422 05 (Art. 6c HG - Stellenpool 2021)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	Umsetzung und Umwandlung von 13 03 / 422 05 (Art. 6c HG - Stellenpool 2021)
Summe Umwandlung	+2	
kostenneutrale Hebung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
A9 Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A8
A8 Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A9
Summe kostenneutrale Hebung	-	
kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)		
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Summe kostenwirksame Hebung (Tarifvertrag)	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		77	77
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	54	54
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als Leiter oder Leiterin einer staatsanwaltschaftlichen Zweigstelle mit neun und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		23	24
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		3	3
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		11	11
	Richter, Richterinnen am Amtsgericht als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		4	4
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	2
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	15
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		17	17
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	5	5
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		78	81
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		47	48
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		207	207
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		54	54
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		78	78
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		268	268
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	5	5
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		172	187

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Absenkung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	-2	Absenkung nach BesGr A8 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen Absenkung von BesGr A9 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+2	
Summe Absenkung	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+97	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)		
neu		
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+5	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+5	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+5	
LEERSTELLEN		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))		
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen	+1,50	neu
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+3	neu
A15 Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	+1	neu
Summe neu	+5,50	
Zu- und Abgänge insgesamt	+5,50	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.377,50	1.377,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		544,75	574,75
	Direktor, Direktorin des IT-Servicezentrums der bayerischen Justiz	B3	1	1
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	3	3
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	38	38
	Technische Direktoren, Technische Direktorinnen		3	4
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>	A14	1	1
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen		32	32
	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen		2	2
	Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen		14	15
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	10	10
	Justizverwaltungsrat, Justizverwaltungsrätin	A13	1	1
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen		151	156
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		5	5
	Sozialräte, Sozialrätinnen		32	33
	Technische Räte, Technische Rätinnen		31	29
	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	5	5
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		452,50	460,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		51	52
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		4	4
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		9	9
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	37	37
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		763,75	775,75
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		107	108
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen		2	2
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen		4	4
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	163	163
	Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen		23	23
	Rechtspflegeoberspektoren, Rechtspflegeoberspektorinnen		543,39	548,39
	Sozialoberspektoren, Sozialoberspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		154	154
	Technische Oberspektoren, Technische Oberspektorinnen		18,33	18,33
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	206	206
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	5
	Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	A9	4	6
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		514	513
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		307	307
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		378,83	378,83
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		5	5
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	5
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	255	252
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		9	9
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		768,50	772,50
	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		72	70
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	655,40	657,40

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		73	73
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		8	8
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	178	183
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		9	9
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	464,35	464,35
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		472	477
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		21	21
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>		179	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	96	96
	Zusammen Zugang/Abgang		10.531,30	10.626,30 +95
Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
1) Zu BesGr R 2 und R 1:				
5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten				
2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten				
6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2026.				
6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2026.				
2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.				
b) Bis zu insgesamt 14 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.				
c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
3) Die im Doppelhaushalt 2007/2008 abgesenkten und umgewandelten Stellen der Besoldungsordnung R des Bayerischen Obersten Landesgerichts dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.				
4) Sechs Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.				
5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.				

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	<p>6) Zu Titel 422 01 und 428 01 <i>Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</i></p> <p>Leerstellen</p> <p>Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen</p> <p>Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4</p> <p>Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften</p> <p>Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen</p> <p>Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften</p> <p>Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen</p> <p>Rechtspflegedirektor, Rechtspflegedirektorin</p> <p>Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin</p> <p>Räte, Rätinnen</p> <p>Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin</p> <p>Amtsräte, Amtsrätinnen</p> <p>Amtmänner, Amtfrauen</p> <p>Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen</p> <p>Oberinspektoren, Oberinspektorinnen</p> <p>Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen</p> <p>Inspektoren, Inspektorinnen</p> <p>Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen</p> <p>Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen</p> <p>Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen</p> <p>Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen</p> <p>Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen</p> <p>Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen</p> <p>Justizsekretäre, Justizsekretärinnen</p> <p>Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen</p> <p>Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen</p> <p>Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen</p> <p style="text-align: right;">Zusammen Zugang/Abgang</p>			
		R3	1	2,50
		R2+AZ	1	1
		R2	-	3
			17	17
		R1+AZ	28	28
		R1	311	311
		A15	-	1
		A13+AZ	1	1
		A13	3	3
			1	1
		A12	9	9
		A11	112	112
		A10	2	2
			243	243
		A9+AZ	6	6
		A9	62	62
			38	38
			19	19
		A8	15	15
			142	142
		A7	539	539
		A6+AZ	10	10
		A6	477	477
			24	24
		A5	21	21
		A4	2	2
			2.084	2.089,50 +5,50

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Leerstellen): <i>Bis zu 3 Leerstellen der Besoldungsordnung R können mit jeweils einem an die Europäische Staatsanwaltschaft zugewiesenen Delegierten Europäischen Staatsanwalt im Sinne des Artikels 13 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft besetzt werden, wenn vom Freistaat Bayern keine Bezüge an den jeweiligen Delegierten Europäischen Staatsanwalt gezahlt werden.</i>			
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen Zusammen	A9 A6	328 288 616	328 288 616
422 26	Rechtsreferendare Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen Zusammen	A13	4.000 4.000	4.000 4.000
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26: <i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.300 und 4.500.</i>			
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter) Zusammen	A16+AZ -A3	7 7	7 7
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern Zusammen		40 40	40 40
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 <i>20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2 Zusammen Zugang/Abgang	E14 E13 E11 E10 E9 E8 E6 E5 E4 E2	2 4 22 7 239,58 220,42 2.312,27 11,22 22,35 0,50 2.841,34	2 4 24 7 238,58 220,42 2.312,27 12,22 22,35 0,50 2.843,34 +2
	Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E10 E9 E8	4 33 60	4 33 60

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch				
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	360	360
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	11
	Zusammen		476	476
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):			
	<i>Bis zu zehn Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als zwei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>			
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		145	150
	Zusammen		145	150
	Zugang/Abgang			+5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		104,51	104,51
	Zusammen		104,51	104,51
	Gesamtübersicht			
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		10.531,30	10.626,30
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		616	616
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.841,34	2.843,34
	Personalsoll A		13.988,64	14.085,64
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)			
	Ferner:			
422 26	Rechtsreferendare		4.000	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		40	40
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		145	150
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		104,51	104,51
	Personalsoll B		4.289,51	4.294,51
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		18.278,15	18.380,15

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>			
422 01	Planmäßige Beamte			
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		22	22
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		28	29
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		50	50
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	11	12
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		74	75
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		21	22
	Rektoren, Rektorinnen		4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	32	32
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	6	7
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		75,75	78,75
	Sozialrat, Sozialrätin		1	1
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		18	18
	Amtsräte, Amtsrätinnen - im Justizvollzugsdienst	A12	3	3
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen		2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		49	49
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		21	21
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	39	39
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflagedienst		6	6
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen		70	70
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		38	38
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen		20	20
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		67	67
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflagedienst		5	5
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen		57,73	58,73
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		84	85
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		20	20

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
Personalsoll A (Personal auf Stellen)		
neu		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	neu (medizinische Versorgung)
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	+1	neu (medizinische Versorgung)
Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	neu (Umsetzung des Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetzes)
Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	neu (islamische Seelsorge)
A13 Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	neu (islamische Seelsorge)
Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	neu (Umsetzung des Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetzes)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+1	neu (Erhalt der Lebenstüchtigkeit im Justizvollzug)
Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	neu (Umsatzsteuer im Justizvollzug)
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	+1	neu (Umsetzung des Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetzes)
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	+1	neu (Umsatzsteuer im Justizvollzug)
	+1	neu (Erhalt der Lebenstüchtigkeit im Justizvollzug)
A8 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+1	neu (Umsetzung des Bayerischen Jugendarrestvollzugsgesetzes)
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+5	neu (Gefangenentelefonie)
	+2	neu (Erhalt der Lebenstüchtigkeit im Justizvollzug)
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	neu (JVA Marktredwitz)
A7 Stationspfleger, Stationsschwestern +AZ	+7	neu (medizinische Versorgung)
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+8	neu (medizinische Versorgung)
	+5	neu (Gefangenentelefonie)
	+2	neu (Erhalt der Lebenstüchtigkeit im Justizvollzug)
Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+2	neu (JVA Marktredwitz)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	neu (Digitalfunk im Justizvollzug)
Summe neu	+50	
Umwandlung		
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)		
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	Umwandlung von 428 01 EGr 14
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+7	Umwandlung aus Mitteln (Abschiebungshaft)

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 01	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	394	394
	Pflegevorsteher, Oberinnen		22	22
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		19	20
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		54	54
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	896,33	896,33
	Oberpfleger, Oberschwester		47	47
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		80,67	83,67
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		1	2
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		115	115
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwester	A8	85	85
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.519	1.533
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		194	194
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		71	73
	Stationspfleger, Stationsschwester	A7+AZ	37	44
	Krankenpfleger, Krankenschwester	A7	41	54
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.163,17	1.170,17
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		98	101
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		76	77
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	23	23
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		21,67	23,67
	Zusammen		5.805,32	5.869,32
	Zugang/Abgang			+64
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :			
	1) Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.			
	2) Die im Haushalt 2021 für die Justizvollzugsanstalt Passau neu ausgebrachten Planstellen der BesGr A7 bis A11 für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst dürfen bis zum 01.02.2027 nur mit Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder Beamten und Beamtinnen im Eingangsamt der jeweiligen Fachlaufbahn besetzt werden. Dies gilt nicht für Planstellen, die im Wege der Versetzung aus anderen Justizvollzugsanstalten besetzt werden.			
	Leerstellen			
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	12	12
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	12	12
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	21	21
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	18	18
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A8	46	46
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A7	90	90
	Zusammen		228	228
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst			
	Regierungsinspektor anwärter, Regierungsinspektor anwärterinnen	A9	20	20

Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2023	
1	2	3
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+5 -5	Umwandlung von 422 01 BesGr A7 Umwandlung nach 422 01 BesGr A7
	-3	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+8 +3	Umwandlung aus Mitteln (Abschiebungshaft) Umwandlung von 422 01 BesGr A7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13
Summe Umwandlung	+15	
Absenkung		
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)		
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-18	Absenkung im Vollzug des ku-Vermerks nach EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+18	Absenkung im Vollzug des ku-Vermerks von EGr 8
Summe Absenkung	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+65	

04 05
Justizvollzugsanstalten

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
noch 422 21	Regierungssekretärwärter, Regierungssekretärwärterinnen, Obersekretärwärter, Obersekretärwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen Zusammen	A6-A7	228	228
422 31 Abgeordnete Beamte (Richter)		A16+AZ -A3	10	10
	Zusammen		10	10
427 01 Nebenamtlich und -beruflich Tätige	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern Zusammen		45	45
	Zusammen		45	45
427 41 Praktikanten	Praktikanten, Praktikantinnen Zusammen		3	3
	Zusammen		3	3
428 01 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 <i>7 Stellen ku nach BesGr A13 (Regierungsrat)</i> <i>jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 <i>31 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen Zugang/Abgang	E14 E11 E9 E8 E7 E6 E5 E3	10 30 15 162 25 37 2 4	9 32 15 144 43 37 2 4 285 286 +1
	Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen	E10 E9 E8 E6 E5 E3	6 2 9 28 10 5	6 2 9 28 10 5 60 60
428 11 Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Zusammen		44	44
	Zusammen		44	44
Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 44 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen			
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	36
	Zusammen		36	36
	Gesamtübersicht			
422 01	Planmäßige Beamte		5.805,32	5.869,32
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		248	248
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		285	286
	Personalsoll A		6.338,32	6.403,32
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)			
	Ferner:			
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45
427 41	Praktikanten		3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		44	44
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36
	Personalsoll B		128	128
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		6.466,32	6.531,32

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl	
			2022	2023
1	2	3	4	5
	Gesamtübersicht Einzelplan 04			
422 01	Planmäßige Beamte		16.486,07	16.648,07
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		864	864
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.166,34	3.169,34
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		20.516,41	20.681,41
	Ferner:			
422 26	Rechtsreferendare		4.000	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		85	85
427 41	Praktikanten		3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		189	194
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		143,85	143,85
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.420,85	4.425,85
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		24.937,26	25.107,26
	Nachrichtlich:			
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		1,76	6,70
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		55,90	75,01
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		11,10	14,65